Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Hochmuth, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittnack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Schmannsch & Co. Magdeburg, Große Münzstraße 2. — Zeitungspreisliste Seite 611.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.40 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 120. **Halle, Donnerstag den 18. Oktober 1917.** **1. Jahrgang.**

Danaergeschenke.

Ueber die Frage der baltischen Provinzen und ihres künftigen Schicksals, die seit dem Falle von Riga wieder ein bevorzugter Gegenstand der politischen Erörterungen ist, wird der „Fränkischen Tagespost" von einem Balten geschrieben:

Der bekannte Heidelberger Geograph Prof. Dr. Alfred Hettner bemerkt in seiner, während des Krieges neu bearbeiteten Schrift über Rußland (Teubner, Leipzig, 1916) er fasse nun das baltische Problem anders als vor zehn Jahren auf. Damals habe er in der ersten Auflage seiner Schrift die Befreiung der baltischen Provinzen von der russischen Herrschaft als einen schönen, aber hoffnungslosen Traum bezeichnet. Jetzt jedoch könne man hoffen.

Indessen verkennt Professor Hettner, trotz seiner Sympathie für die „Befreiung" der baltischen Provinzen, in der allein er eine Bürgschaft für die Erhaltung des baltischen Deutschtums sieht, die großen Schwierigkeiten dieses Problems nicht. „Wir müssen uns — schreibt er — klar darüber sein, daß das eine große

politisch-geographische Umwälzung

bedeuten würde. Rußland würde von der offenen Ostsee abgedrängt, zu der es den Zugang durch die Eroberung dieser Landschaften gewonnen hatte, der Ausgang von Petersburg durch den Finnischen Meerbusen könne unter fremde Kanonen liegen, Weißrußland und das westliche Großrußland verlören ihre Häfen." Dagegen würde der deutsche Ostseehandel vor russischer Bedrohung gesichert und Neuland für deutsche Bauernsiedlungen gewonnen sein. Der Gedanke sei schön und könne jedes deutsche Herz entflammen. „Aber auch der Einsatz wäre groß; denn Rußland würde viel daransetzen, das Land wieder zu gewinnen. Wir müßten auf lange Zeit hinaus bereit sein, es zu verteidigen."

Schon in dieser Formulierung, die die innern Schwierigkeiten und Grundsätzlichkeiten des baltischen Problems ganz außer acht läßt, tritt die Größe des „Einsatzes" hervor, den Deutschland bei der Loslösung des Baltikums von Rußland — einerlei in welcher Form sie geschähe — zu stellen hätte. Der Einsatz erscheint noch um vieles größer, wenn man neben den

innern nationalen Schwierigkeiten

die militärisch-strategische Seite der Frage besonders berücksichtigt. Eine nähere Erörterung dieses Punktes verbietet sich zurzeit von selbst. Wir möchten aber dennoch nicht unterlassen, auf die Aeußerung Professor Otto Hoetzsch in der „Kreuzzeitung" vom 26. September hinzuweisen, der — allerdings unter dem Gesichtspunkt der Beeinträchtigung der deutschen Machtstellung durch die Errichtung eines selbständigen Königreichs Polen — feststellt, daß eine „Sicherung" Deutschlands im Norden, durch Litauen und Kurland, in der Luft hänge, wenn die jetzt eingeschlagene Polenpolitik fortgesetzt werde. „So wie die Dinge heute laufen — bemerkt er —, müssen wir fürchten, daß unsre ganze Grenze gegen Rußland eher noch unsicherer wird, als sie vor dem Kriege war, gegen ein Rußland, das, mag es stark oder schwach, zaristisch oder demokratisch werden, unter allen Umständen nach der Ostsee streben wird."

In diesem Punkte berühren sich, wie wir sehen, die Anschauungen Hettners und Hoetzsch. Diese Erkenntnis hat ihre guten Gründe. Sie beruht — unbeschadet der Sympathien der beiden Gelehrten für weitgehende Annexionen — auf der Kenntnis der geschichtlichen, geographischen und wirtschaftlichen Faktoren, die Rußland nach der Ostsee hingedrängt haben und die — falls die baltischen Provinzen von Rußland losgelöst werden — unabweislich einen neuen Abschnitt jener

gigantischen Kämpfe um die Ostsee

heraufbeschwören würden, die im 17. und 18. Jahrhundert zwischen den Ostseestaaten (Schweden, Polen, Rußland, Preußen usw.) geführt wurden.

In der Tat gehört die ganze Leichtfertigkeit von Weltmachtsphantasten und die Gewissenlosigkeit einer um ihre privilegierte Stellung kämpfenden Kaste dazu, diese Tatsachen außer acht zu lassen, und das deutsche Volk kalten Blutes in eine weltpolitische Situation hineinzudrängen, die seine Kräfte für Jahrzehnte lahmlegen würde. Um den Ausgang zur Ostsee zu erlangen, hat Rußland ein Jahrhundert lang Kriege mit seinen Nachbarn geführt, und weitere zwei Jahrhunderte gebraucht, um diese Stellung zu behaupten und auszubauen.

Das Streben des großrussischen Zentralismus und Imperialismus fand bei der deutschen Herrenschicht der baltischen Provinzen verständnisvollste Förderung. Dieses baltische Deutschtum hat in erster Linie daraus Nutzen gezogen, daß die Ostseeprovinzen dank ihrer günstigen geographischen Lage in den letzten Jahrzehnten eine wirtschaftliche Blütezeit durchmachten. Die Ablösung der Hof- und Dorfländereien durch die Bauern — die bekanntlich, im Gegensatz zu Rußland, ohne Land „befreit" wurden — brachte

den Junkern hunderte Millionen

ein, und schuf den Boden für die Anhäufung des Kapitals, das sich später in Handel und Industrie betätigte. Landwirtschaft und Industrie blühen, weil die ohnehin günstigen Absatz- und Verkehrsverhältnisse durch die russische Zollpolitik begünstigt wurden. Der Handel nahm von Jahr zu Jahr zu und erreichte in den fünf baltischen Häfen (Riga, Reval, Windau, Libau und Pernau) im Jahre 1911 mit 652 Millionen Rubel die Höhe von 28,8 Prozent oder fast ein Drittel des gesamten russischen Außenhandels. Hand in Hand damit ging eine Industrialisierung des Landes, die in kurzer Zeit die Hauptstadt Livlands Riga zum Sitz einer Großindustrie machte, die im Jahre 1910 über 100 000 Arbeiter beschäftigte. Zugleich wurde der wirtschaftliche Zusammenhang dieses Reichslandes mit dem Innern des Reiches immer enger. Hand in Hand mit dem Ausbau des innerrussischen Eisenbahnnetzes, dessen wichtigste Linien in den Ostseehäfen mündeten, ging ein Aufschwung der Schiffahrt und ein Ausbau der baltischen Häfen, der die rapide wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Reiches widerspiegelte.

Es ist unter diesen Umständen klar, daß eine Loslösung der baltischen Provinzen vom russischen Reich

ihren wirtschaftlichen Ruin

bedeuten würde. Auch die Loslösung eines Teiles dieses Landes würde in dem betreffenden Teile zu einer wirtschaftlichen Rückbildung führen, die die Bevölkerung schwer treffen würde. Sollte beispielsweise Kurland unter irgendeiner Form „befreit" werden, so wäre das gleichbedeutend mit dem Verfall seines Handels, und der Ansätze seiner Industrie und mit seiner Verwandlung in ein agrarisches Kolonisationsgebiet Deutschlands, das in seiner innern Verfassung sich Mecklenburg würdig anreihen würde. Daß es gleichzeitig durch seine Beherrschung des südlichen Ausgangs aus der Rigaischen Bucht zu einem Objekt militärischer Rüstungen und Wettkämpfe zwischen Deutschland und Rußland werden würde, sei hier nur beiläufig erwähnt. Das Ergebnis wäre noch um vieles schlimmer, wenn auch Livland ganz oder teilweise annektiert würde, denn dieses Gebiet ist im Baltikum das weitaus wichtigste und fortgeschrittenste. Dementsprechend würde der wirtschaftliche Rückschlag hier am heftigsten zum Ausdruck kommen.

Diese Folgerungen ergeben sich mit so zwingender Notwendigkeit aus der ganzen Lage, daß auch die Wortführer des baltischen Deutschtums sich ihnen nicht verschließen können. Sie haben die Wahl zwischen wirtschaftlichem Fortschritt in einem autonomen Bestandteil des freien Rußlands, allerdings unter Verzicht auf ihre Herrenstellung und ihre Privilegien, oder der Stagnation in einem verkehrsdenden Lande, allerdings unter Beibehaltung ihrer künstlich konservierten Herrschaftsstellung gegenüber der großen Mehrheit der Bevölkerung. Sie wollen aber weder das eine verlieren, noch auf das andre verzichten und verlangen deshalb, daß Deutschland die

Ostküste in ihrer Gesamtheit annektiere,

damit sie in der Lage sein sollen, nicht nur ihre Herrschaft zu behaupten, sondern auch dem russischen Markte wirtschaftspolitisch ihren Willen aufzuzwingen. Diese Forderung, die nichts weniger bedeutet als die Aufrichtung der politischen Diktatur der deutsch-baltischen Oberschicht im Land und der Erzwingung ihrer wirtschaftlichen Hegemonie auf dem russischen Markte, wird alles Ernstes aufgestellt in einem von Professor M. Sering eingeleiteten Sammelbuch „Westrußland in seiner Bedeutung für Mitteleuropa" (Leipzig, Teubner), in dem die Wortführer der offenen und verkappten Annexionen im Osten mit aller Gründlichkeit ihre Wünsche darlegen.

Das sind letzten Endes die Ziele, die den baltischen Eroberern vorschweben. Nachkommen jener Ordensritter, die vor 700 Jahren die baltischen Provinzen mit Feuer und Schwert eroberten und ihre Bevölkerung unter ihr Joch beugten, wollen sie jetzt, daß das deutsche Volk sein Blut vergieße, um in der „ältesten deutschen Kolonie" die Herrschaft einer feudal-kapitalistischen Minderheit aufzurichten, deren Willen gemäß einen Pfahl in den Körper Rußlands zu treiben und den Boden für einen

Revanchekrieg vorzubereiten,

der die unausbleibliche Folge dieser Vergewaltigung wäre. Ihnen fehlt selbst jene Einsicht, die der Apostel der Gewaltpolitiker, General v. Bernhardi, in seinem Werk „Unsre Zukunft" zu dem Urteil veranlaßte, Deutschland könne an eine Eroberungspolitik nicht denken: Eine solche würde dem Geiste der Zeit und unserm wahren Vorteil widersprechen, denn wir könnten in Europa nur Landstriche erwerben, deren vergewaltigte Bevölkerung uns immer feindlich gesinnt bleiben würde."

Freund jeder realpolitischen Einsicht und nur auf die Befriedigung ihres Machtdünkels und ihrer engen Standesinteressen bedacht, suchen sie vielmehr dem deutschen Volke vorzuspiegeln, daß sie ihm eins seiner versprengten Glieder zurückoringen, daß sie einen sonst dem Untergang geweihten deutschen Stamm zur „deutschen Mutter" zurückführen wollten.

Wenn je, so gilt aber hier der alte lateinische Satz „Hüte dich vor den Danaern, auch wenn sie Geschenke bringen!" —

Unser Parteitag.

Zweiter Verhandlungstag.

ed. Würzburg, 16. Oktober 1917.

Die sozialdemokratische Partei Bulgariens sendet ein Glückwunschtelegramm: „Vorwärts zum dauerhaften deutschen Frieden! Salosoff." (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Stelling (Lübeck) erstattet, sind 258 Kreise durch 282 Delegierte vertreten. Ferner sind 36 Reichstagsabgeordnete, neun Mitglieder des Parteivorstandes, fünf Mitglieder der Kontrollkommission, acht Mitglieder des Parteiausschusses usw. anwesend, insgesamt 364 Teilnehmer, darunter neun Genossinnen.

Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Die

Besprechung des Vorstandsberichts

und der Einigungsanträge wird fortgesetzt.

Abg. Grenz (Leipzig): Gestanden heute noch die alten Gegensätze aus der Vorkriegszeit, so würde ich noch heute auf der Linken. (Hört, hört!) Aber wie kam es zur Fraktions- und Parteizerreißung? Vor der Entscheidung am 4. August hielt die Linke eine Sondersitzung ab. Nach kurzer Beratung einigt sich nahezu Einmütigkeit für die Kreditbewilligung. (Hört, hört!) Nach Bethmann-Hollwegs Erklärung zu dem belgischen Einmarsch beriet die Fraktion noch einmal. Nicht einer sagte an, deswegen die deutsche Verteidigung zu gefährden. Auf geradem Wege war gegen die Kriegspolitik der Partei nichts auszurichten. So kam man zu Schleichwegen und heimtückischem Ueberfall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171018-18/fragment/page=0001

Die Schuld daran trägt die infame Wühlarbeit der Henke und Herzfeld. Der Vergleich mit dem Sozialistengesetz, die Berufung auf den Massenstreik dabei verfängt nicht, das sind Erinnerungen aus Friedenszeiten. Heute aber wäre der

Massenstreik Verrat des Landes.

Wo sind die klaren Kriegsziele der Unabhängigen, wie stehen sie zu Elsaß-Lothringen, wie zum aktiven und passiven Widerstand? Unsre Haltung ist klar. Sind die feindlichen Regierungen zum Frieden bereit und die deutsche Regierung lehnt ab, dann sind die Folgen unabsehbar. (Beifall.)

Abg. **Jaeckel** (Plauen): Den Optimismus von Scheidemann, daß die Unabhängigen bald ein kleines Häuflein von Krakeelern sein würden, teile ich nicht. Scheidemann hat schon oft falsch prophezeit und falsch geurteilt, so über Bethmann-Hollweg, dessen zweideutige Redensarten alles andre eher bedeuteten als Anerkennung des sozialdemokratischen Friedensprogramms. (Unruhe und Widerspruch.) Die Spaltung in der Partei dreht sich nicht bloß um die Kreditbewilligung, sondern entspringt der Furcht, daß die Partei die alten Grundsätze und Methoden verläßt, die sie groß gemacht haben. Man denke an die Lensch und Heilmann. Arbeiten doch gewisse Leute heute mit den Gründern der Vaterlandspartei, etwa dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, in der Kolonialgesellschaft und der Deutschen Gesellschaft von 1914 zusammen. Gewiß ist das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien alte parlamentarische Notwendigkeit, aber das jetzige dauernde Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien zu bestimmten Zwecken (Unruhe und Lachen) ist doch überaus bedenklich. Nehmen Sie die Resolution Braun an, die Resolution Severing tut tatsächlich alles, um die Wiedervereinigung zu hintertreiben. (Große Unruhe. Rufe: Unerhört!)

Schirmer (Fürth): Die Einigungsresolution entspricht nicht einer Anregung Adolf Brauns, sondern Karl Brögers und geht aus den besten Motiven hervor. Sie will rechtzeitig vor dem Unheil warnen, daß die gesamte Arbeiterbewegung durch Zersplitterung bedroht ist. Weniger Streit und mehr Aufklärung in die Arbeiterköpfe über den Sozialismus. (Beifall.)

Vetters (Gießen) wünscht, daß die großen, für die Parteikorrespondenz aufgewandten Mittel lieber der kleinen Provinzpresse zur Verfügung gestellt werden, und spricht dann über die elsaß-lothringische Frage im Sinne Katzensteins. Auf die Dauer wird sich die Arbeiterschaft zwei sozialistische Parteien mit gleichem Programm nicht gefallen lassen. Redner bedauert, daß es nicht gelungen sei, Kautsky, den bedeutendsten Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, in der „Neuen Zeit" zu erhalten.

Abg. **Molkenbuhr**: Selbstverständlich begeistert das Streben nach Einigung die weitesten Arbeiterkreise, aber damit kommen wir der Einigung nicht einen Schritt näher. Ist denn nicht die Spaltung systematisch vorbereitet und planmäßig herbeigeführt worden? (Sehr gut!) Und nachdem es diesen Leuten gelungen ist, die Spaltung herbeizuführen, sollten sie jetzt umkehren und sich wieder einigen? 1875 war die Einigung viel leichter, die Gegensätze viel geringer. Heute kann ich nicht an eine nahe Verständigung glauben. Seit Most und Hasselmann haben wir

anarchistische Elemente in der Partei,

diese Anarcho-Sozialisten sind eine Hauptursache der Spaltung. (Sehr wahr!) Mit Bakunin kämpft man gegen die „Tyrannei der Mehrheiten". Dazu das wüste Schimpfen der Unabhängigen, das den Reichsverband in den Schatten stellt, und darüber hinaus noch das niederträchtige Verleumden. Ein Mann, der es genau kennt, Franz Mehring (Heiterkeit), hat schon im voraus diese Methode charakterisiert: „Es gibt nicht leicht ärgere Jesuiten als bornierte politische Radikale. Auf ihre Tugendhaftigkeit pochend, scheuen sie vor den ärgsten Verleumdungen nicht zurück." (Große Heiterkeit und Beifall.) Lassen wir sie schimpfen, gehen wir unsern Weg.

Fischer (München): Die Wiedervereinigung, die dem Willen und Gefühl der breiten Massen entspricht, ist unbedingt notwendig. Redner wünscht kräftiges Eintreten für die Jugendbewegung, auch in engem Anschluß an den Arbeiterturnerbund, die planmäßige Förderung der körperlichen Ausbildung der Jugend.

Brühl (Hannover): Es handelt sich schon längst nicht mehr um Meinen und Denken, sondern um Sein und Nichtsein der Partei. Toleranz bis aufs äußerste, aber wenn man zum Zeitungsboykott und zur Beitragssperre greift, dann muß die Existenz der Partei verteidigt werden. Wem der Wille zur Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit fehlt, dem fehlt auch der Wille zur Einigung.

Giermann (Nürnberg): Die Nürnberger Einigungsresolution ist nicht das Werk einiger einzelner Genossen, sondern der einmütige Willensausdruck der Nürnberger Gesamtpartei. Fehler und Seitensprünge sind überall vorgekommen. Auch die allzu starke Vertrauensseligkeit zur Regierung hat sich an der Hand der Tatsachen nicht als berechtigt erwiesen. Aber Ebert hat ja gesagt, daß wir von unsern Grundsätzen nicht das mindeste preisgeben wollen, und das beruhigt. Wir wollen in der Tat keine Reform unsers Programms, wir wollen bleiben, was wir vorher waren. Bei der Einigung wird es nicht auf die führenden Genossen ankommen, sondern auf die Masse. (Beifall.)

Hermann **Müller** (Parteivorstand): Stockholm bot leider kein erfreuliches Bild. Auch die Internationale und fast jede einzelne ihrer nationalen Sektionen ist zerrissen. Das schmerzt um so mehr, als wir

nie in Schützenfeststimmung

zu den internationalen Tagungen fuhren, sondern stets gewillt waren, praktische internationale Arbeit zu leisten. An dem Scheitern des Werkes von Stockholm trägt die Entente die Schuld. (Sehr wahr!) Das hat selbst das holländisch-skandinavische Komitee, in dem wahrlich genug Freunde der Entente sitzen, in seinem letzten Manifest mit dem Protest gegen die brutale Paßverweigerung anerkennen müssen. (Hört, hört!) Wir haben alles getan, um die Friedensarbeit zu fördern. Auch in Frankreich ist die Friedenssehnsucht stark, aber besonders nach dem Parteitag von Bordeaux steht doch fest, daß die Thomas und Renaudel ihre Politik der Sabotage noch treiben können. Diese französischen Genossen wollen unsre Ankläger sein, sie, welche die Politik Ribots und Painlevés so intim mitgemacht haben! (Sehr wahr!) Sie glauben, für Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen, aber sie vergessen, daß auch ihre Annexionisten dabei an das Saarrevier und an Syrien denken. Die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist leider sehr zweideutig. Man kann damit die Zerreißung ganz Oesterreich-Ungarns herbeiführen, und mancher will es. (Sehr wahr!) Aber nehmen wir die Formel an — wo ist denn aus der Mitte Elsaß-Lothringens der Wunsch auf Befreiung von Deutschland laut geworden? Niemals, nirgends, nicht einmal unter dem Schutze der Immunität. (Sehr wahr!) Unser Kriegsziel bleibt die Sicherung der Unversehrtheit des Deutschen Reiches. (Lebh. Zustimm.) Wir haben den Frankfurter Frieden anerkannt; nur einem vollständig besiegten Deutschland kann Elsaß-Lothringen entrissen werden. Wer die Abtretung Elsaß-Lothringens zum Verhandlungsgegenstand machen will, verzögert den Frieden. (Sehr wahr!) Auf der Baseler Konferenz wurde unter den Kriegsgründen, die Europa bedrohen, die elsaß-lothringische Frage nicht genannt. Das war Bebels ausdrücklicher Wille, weil die Frage ihm vollständig erledigt und kein Diskussionsgegenstand mehr war. (Hört, hört!) Ein Zugeständnis von unsrer Seite würde die französischen Forderungen doch nicht erfüllen. Nach französischer Vorstellung sollen ja zur Abstimmung nach 1871 eingewanderte Deutsche nicht zugelassen werden. (Hört, hört!) Auch taktisch wäre nichts verfehlter als eine Volksabstimmung zwei oder drei Jahre nach Friedensschluß. Das würde die Glut des Hasses neu entfachen. Nach dem Kriege wird auch Frankreich schon zur Besinnung kommen. Wenn es erst überdenkt, daß es für diesen Krieg mehr Männer geopfert hat, als Elsaß-Lothringen überhaupt Einwohner hat, wird es mit jenen abrechnen, die um Elsaß-Lothringen willen den Krieg verlängern. (Sehr wahr!) Auch auf andrer Seite wird hoffentlich auf die französische Regierung und die französischen Sozialisten ein Druck ausgeübt werden — ich denke an Rußland. Wir arbeiten nicht auf einen Sonderfrieden hin, sondern auf ein allgemeines Aufhören des Mordens zu Lande, zu Wasser und in der Luft. (Lebh. Beif.)

Abg. **Krätzig**: Wir verwahren uns von vornherein dagegen, daß man Gegner der Einigung sei, weil man einer Resolution nicht zustimmt. Wir lehnen die Einsetzung einer besondern Einigungskommission deshalb ab, weil sie nur in Konflikt mit der Zuständigkeit des Parteivorstandes geriete. Der Einwand, daß hinter den Instanzen nicht die Mehrheit der Parteigenossen gestanden hätte, ist so hinfällig, wie die Behauptung der Alldeutschen, daß hinter dem Reichstag nicht die Mehrheit der Wähler stände. Dem Parteivorstand kann man höchstens vorwerfen, daß er zu lange gezögert hat. (Sehr wahr!) Das Mitglied einer andern Partei kann nicht unser Parteitheoretiker sein. Von der nächsten Zukunft verspreche ich mir leider für die Einigkeit sehr wenig, denn uns trennen prinzipielle und taktische Auffassungen. Bei den Unabhängigen ist die Politik der praktischen Arbeit auf dem Nullpunkt, bei uns die Politik der Schlagwörter und Demonstrationen. Die Arbeiter werden erst sehen müssen, ob ihre Interessen gefördert werden, wenn man mit Westarp und Heydebrand gegen die Kriegsgewinnsteuer und die Friedensresolution stimmt, wenn Stadthagen Arm in Arm mit Kreth gegen die Demokratisierung kämpft, wenn man den Opfern des Krieges das Kapitalabfindungsgesetz versagt, oder wenn man es umgekehrt macht. Dieser Anschauungsunterricht unsrer positiven Arbeit wird die Arbeiter aufklären und uns wieder einigen. (Lebh. Beif.)

Eduard Schmid (München): Bayern hat nicht die mindeste Neigung, Elsaß-Lothringen zu annektieren. Wir in Bayern haben uns die größte Mühe gegeben, die Parteizerklüftung zu verhindern. Wir haben die Opposition in keiner Weise gehemmt und gehindert, trotzdem ist die Spaltung auch zu uns hereingetragen worden. Wir haben noch nicht einmal Nachricht, ob Simon sich noch zur Landtagsfraktion rechnet. Unsre energische praktische Arbeit wird schließlich doch Erfolg haben und die Unabhängigen werden verschwinden wie seinerzeit die Jungen. (Beifall.)

Winkelmann (Bremen): Solange sich die Minderheit nicht bedingungslos den Beschlüssen der Mehrheit unterordnet, ist die Einigung unmöglich. Wir müssen warten, bis die zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit die Arbeiter wieder zusammenführt. Wir sind eine Kampfpartei und brauchen eine geschlossene Front, auch in den Parteizeitungen. Für persönlich abweichende Meinungen sind die wissenschaftlichen Zeitschriften da.

Abg. **Landsberg** (Magdeburg):

Die Gegner jeder Einigungskundgebung erklären die Einigung für unbedingt notwendig, wollen aber erst abwarten, bis der große Schaden die Arbeiter klug macht. Ich denke im Gegenteil mit Schrecken an das Bild zweier sich bis aufs Messer bekämpfender sozialdemokratischer Parteien im nächsten Wahlkampf, der das Schicksal Deutschlands für 50 Jahre entscheiden wird. Die feindlichen Brüder würden sich erbitterter bekämpfen als die bürgerlichen Parteien. Bei Fortdauer der Parteispaltung ist auch die Zertrümmerung der Gewerkschaften unvermeidlich. Die Unternehmer aller Parteirichtungen können einheitlich zusammenwirken, die Arbeiter sind dafür zu leidenschaftliche Politiker. Folgen einmal Gewerkschafts-Sondereinrichtungen der Taktik der Unabhängigen, dann werden wir Furchtbares erleben; denn die Losreißung der Unabhängigen von der Gesamtpartei hat bei ihnen den Geist der Sabotage entbunden. Sie stimmten gegen eine Verbesserung des Gesetzes zum Wiederaufbau der Handelsflotte, bloß um uns das ganze Gesetz unannehmbar zu machen. Sie lehnten die Friedensresolution ab und ernteten dafür den Tadel Troelstras und den Jubel der „Times". Herzfeld stimmte in der Kommission gegen das Beschwerderecht der Schutzhäftlinge, wurde aber von der Fraktion desavouiert. Im Hauptausschuß kämpfte Ledebour jeden Tag für die Parlamentarisierung, aber im Verfassungsausschuß stimmten Wurm und Stadthagen gegen die Streichung des letzten Absatzes des Artikels 9 der Verfassung, den ersten Schritt zur Parlamentarisierung. Zuletzt haben die Unabhängigen selbst verhindert, daß ein Reichstagsbeschluß auf Aufhebung der politischen Zensur zustande kam. Diese

Politik der erbärmlichsten Unfruchtbarkeit

können die Arbeiter unmöglich billigen. Aber was für ein Unglück kann angerichtet sein, bis diese Politik Schiffbruch leidet. Deshalb müssen wir ohne Rücksicht auf persönliche Beschimpfung auf die Einigung hinarbeiten. Die andern werden die Einigung freilich nicht wollen, sie erwarten jetzt alles vom Reichskanzler Doktor Michaelis (Heiterk. u. Sehr gut!), der offenbar Ehrenmitglied der Unabhängigen werden will. Deshalb sagen wir hier deutlich: Lieber mit den Geächteten als mit den Privilegierten, wenn unsre Gleichberechtigung dem kompromittierenden Wohlgefallen des Kanzlers zugeschrieben werden soll. (Lebh. Beif.) Die andern werden nicht wollen, aber die Masse wird sehen, daß sie nicht aus der Partei herausgedrängt worden sind und daß wir die Einigung nicht hindern. Ich bin deshalb mit der Einigungskundgebung gern einverstanden. Eine besondere Kommission aber sollten wir nicht einsetzen; denn solange bei den andern keine Friedensneigung vorhanden ist, wäre sie ein komisches Institut, und das wollen wir schon wegen unsrer Würde nicht schaffen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Leinert (Hannover): Die Spaltung führt auf den kleinen Kreis derer zurück, die schon vor dem Kriege fortwährend die Parteileitung beschimpft haben. Ich erinnere nur an die Debatten nach dem Dämpfungsabkommen. Und doch war dieses Abkommen

eine große geschichtliche Tat,

der wir die Machtentfaltung der Partei in diesem Kriege verdanken. Diese Elemente standen schon immer prinzipiell gegen unsre praktische Tätigkeit. Die Spaltung jetzt auf bloße taktische Differenzen zurückführen zu wollen, ist deshalb ein auf Täuschung der Massen berechneter wohlüberlegter Schwindel. Planmäßig ist mit der Verhetzung der Jugend und der Frauen, mit den Beitragssperren und der Heranziehung von Politikern, die sich schon früher gegen die Parteieinheit vergangen hatten, auf die Spaltung hingearbeitet worden. An eine Wiedervereinigung ist jetzt kaum zu denken, solange die Führer der Unabhängigen sprechen und nicht die Massen. Später wird auch die Vereinigung der Arbeiter aus wirtschaftlicher Notwendigkeit kommen. (Beifall.)

Walter (Nürnberg): Trotz aller Toleranz und trotz allem guten Willen ist auch Nordbayern in den Meinungsstreit hineingezogen worden. Man hat auch bei uns die Trennung vollzogen, obwohl wir die größte Rücksicht geübt und unbeschränkte Freiheit gewährt haben. Die Kreise Aschaffenburg und Hof sind aus der Organisation ausgetreten, aber wir haben über die Hälfte der Vereine bereits zurück und unsre Organisation ist so stark wie vorher. (Sehr gut!) Wir brauchen also keine Furcht zu haben.

Menge (Vegesack): Bestand wirklich zwischen Haase und Bernstein auf der einen und dem Parteivorstand auf der andern Seite ein unüberbrückbarer Gegensatz? Ich glaube, die Politik des 4. August hat ihn erst geschaffen. Die Fraktion hätte die Kredite ablehnen müssen, sobald die Annexionsgelüste der Regierung zum Vorschein kamen. (Zurufe.) Ob nach der Kühlmannschen Rede und der Papstnote die deutsche Regierung noch Annexionen verfolgt, kann ich freilich nicht sagen.

Richard Fischer (Berlin): Uns alle erfüllt Schmerz, daß wir die stolze Sozialdemokratie, die nach Bebels Worten nur noch auf Siege rechnete, zerklüftet und zerrissen sehen. Deshalb wollen wir trotz aller persönlichen Verärgerung die Einigkeit, sonst kommt sie über die Führer hinweg. Aber ist die Einigung möglich? Man kann sie nicht machen, sie muß kommen. Solange die Krisis nicht überwunden ist, ist die Heilung unmöglich. Ich fürchte sehr, daß wir erst einen langen Leidensweg gehen müssen und erst durch schwere Niederlagen aus dem unseligen Bruderkrieg herauskommen.

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das

Schlußwort

erhält **Ebert**: Bei der „Gleichheit" und der „Neuen Zeit" haben wir wahrlich lange gezögert. Wir haben nicht gehässig, sondern geradezu kameradschaftlich Kautsky für seine Dienste gedankt, aber höher als persönliche Rücksichtnahme steht das Interesse der Gesamtpartei. Gegen Ausschreitungen von rechts konnten wir nicht einschreiten. Persönlich haben wir manchem Genossen gesagt, daß sie Taktlosigkeiten über Taktlosigkeiten häufen und dadurch der Partei schaden, aber gegen ihre Meinungsfreiheit vorzugehen, haben wir nach dem Statut kein Recht. Auch in der „Neuen Zeit" wird die Meinungsfreiheit unbedingt geachtet werden. Die Politik des Parteivorstandes ist klar: wir stehen geschlossen auf dem Standpunkt des Klassenkampfs, der die Grundlage unsrer Politik sein und bleiben muß. (Lebhafter Beifall.) Wie sollten wir nicht alle die Bedeutung der Einigkeit erkennen? Haben nicht Pfannkuch und Molkenbuhr schon an der Wiege der Partei gestanden, hat der Parteivorstand nicht immer wieder bis zum letzten Augenblick gewarnt und gemahnt und gebeten, die Einigkeit zu erhalten. In der Fraktion haben wir es als selbstverständlich erklärt, daß, wenn die Minderheit zur Mehrheit werden sollte, wir uns natürlich unterwerfen werden. Aber Spott und Hohn war die Antwort auf all unsre von warmer Liebe zur Partei eingegebenen Bemühungen. (Sehr richtig!) Zur Wiedervereinigung gehören aber gewisse Voraussetzungen. Wo ist der gute Wille auf der andern Seite? Ziehen uns die Unabhängigen im Reichstag nicht immer wieder herab, selbst die Debatten, bei denen eine geschlossene Front selbstverständlich sein müßte, wie bei der Interpellation über die Umtriebe im Heere? Selbst die Stadtverordnetenfraktionen werden zerrissen,

überall nur Lust an der Zerstörung und Sprengung.

Nicht nur politische Anschauungen trennen uns, die Taktik der Unabhängigen würde die Arbeiterklasse zum Putschismus führen. Wie sollen wir uns da wieder vereinigen? (Sehr richtig!) Vor allem aber muß man in jeder demokratischen Partei, zumal in unsrer Kampfpartei, demokratische Unterordnung unter den Mehrheitswillen verlangen; eine Bereitwilligkeit der Unabhängigen dazu konnte aber kein Redner mitteilen. (Zustimmung.) Die Stunde der Einigungsverhandlungen wird kommen, diese aber wird Sache der Parteileitung, des Parteiausschusses und des Parteitags sein. Ich bitte dringend, den Antrag Braun abzulehnen, dagegen die Anträge Nürnberg, Würzburg (Auftrag an alle Parteigenossen, die Parteipresse und den Parteivorstand, bei günstiger Gelegenheit im Sinne der Wiedervereinigung zu wirken) und Severing (Voraussetzung der notwendigen Wiedervereinigung ist die Anerkennung der Mehrheitsbeschlüsse) anzunehmen. Damit bringen wir den Willen zur Einheit und Geschlossenheit der Partei zum Ausdruck. Mehr können wir zurzeit nicht tun. (Zustimmung.) Im übrigen gilt es aber, die ganze Kraft einzusetzen für die Stärkung und den Ausbau unsrer Organisation. Wenn der Krieg vorbei ist, wenn die Aufgaben des Friedens an uns herantreten, dann werden die Arbeiter mit aller Eigenbrödelei und aller Sonderorganisation sehr schnell aufräumen. Ich bin fest überzeugt, die Arbeiter Deutschlands werden noch vor dem nächsten Wahlkampf reine Bahn machen. Das bereiten wir am besten vor, wenn wir uns frei machen von allem Parteigezänk und die ganze Kraft den positiven Aufgaben der Partei zuwenden. Tun wir alles in den Parlamenten und in der Partei für die Arbeiterklasse, dann können wir frohen Mutes der Zukunft entgegenschauen, dann wird der Sieg unser sein, trotzdem und alledem! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Braun und **Brühne** verzichten auf ihre Schlußworte, da gegen ihre Berichte Einwendungen nicht erhoben worden sind.

Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Dr. **Lensch**: Ich kann in der Partei stehen, wo ich will, ich kriege immer Prügel. (Große Heiterkeit.) Darüber freue ich mich, schade um jeden Schlag, der vorbeigeht; in dieser Debatte sind aber viele vorbeigegangen. Damit sich die Genossen, die meine Schriften tadeln, auch über sie unterrichten können (Heiterkeit), habe ich ein Studienexemplar hier hinterlegt. (Heiterkeit.)

In einer Reihe persönlicher Bemerkungen zwischen Otto Braun (Parteivorstand) und Hüttmann (Frankfurt a. M.) wird der Frankfurter Pressekonflikt behandelt. Dr. Adolf Braun (Nürnberg) erklärt, daß er sich durch die gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe nicht getroffen fühle.

Der Antrag der Kontrollkommission auf Entlastung des Parteivorstandes wird gegen eine Stimme angenommen, ebenso der von Ebert erwähnte Antrag Würzburg, und mit allen gegen sieben Stimmen die Resolution Severing. Hierdurch sind alle sonstigen zur Einigungsfrage gestellten Anträge erledigt. Der Antrag Teltow-Beeskow auf planmäßige Förderung des Absatzes der Parteiliteratur wird dem Parteivorstand überwiesen.

In der Nachmittagsitzung wurde der Bericht der Reichstagsfraktion erstattet. **Schmidt** (Meißen) beantragt, einem Korreferenten der Minderheit unbeschränkte Redezeit zu geben.

Vorsitzender **Ebert**: Der Antrag ist bei sachlicher Berichterstattung über die Fraktionsarbeit ungewöhnlich. Für die Frage der Kriegskredite wollen wir einem von der Minderheit gestellten Redner verlängerte Redezeit gewähren.

Widerspruchslos wird so beschlossen. Sodann ergreift der Berichterstatter Dr. **David** das Wort. Wir werden seine Ausführungen Raummangels wegen erst morgen im Zusammenhang wiedergeben.

In der Mittwoch-Sitzung des Parteitags erstattete Abg. Hoch das Korreferat für die Minderheit der Reichstagsfraktion. Er schließt mit der Aufforderung, daß der Parteitag rücksichtslosesten und schonungslosesten Kampf der Regierung ansage.

Hoch legt eine im Sinne seines Referats gehaltene Resolution vor, während eine Entschließung, die Löbe (Breslau) einbringt, die Haltung der Fraktion billigt, die Pflicht zur Landesverteidigung anerkennt, von der Regierung klarste Stellung in der belgischen Frage fordert und aufs schärfste gegen eine Aufteilung Elsaß-Lothringens protestiert.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag Löbe mit 262 gegen 14 Stimmen angenommen, der Antrag Hoch mit 256 gegen 26 Stimmen abgelehnt. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751917018-18/fragment/page=0002

Was der Krieg bringt.

Neue Versenkungen.

Amtlich wird gemeldet:

Neuerdings wurden im Sperrgebiet um England wiederum eine Reihe von Dampfern und Seglern durch unsre U-Boote vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Tankdampfer „Vineta", der als U-Boot-Falle fuhr, sowie ein Dampfer von über 7000 Tonnen, der auf dem Wege England—Le Havre angetroffen wurde und anscheinend Munition geladen hatte, ferner die französischen Segler „La Martine" mit Salzfischen nach Frankreich und „Acrra Both".

Neue U-Boots-Erfolge: U. 39, unter seinem in 3 Kriegsjahren hervorragend bewährten Kommandanten Kapitänleutnant Forstmann, hat unter andern Erfolgen vor der Straße von Gibraltar fünf wertvolle Dampfer mit über 20 000 Bruttoregistertonnen versenkt, und zwar die bewaffneten englischen Dampfer „Normanton" (3862 Tonnen), „Mersario" (3847 Tonnen), „Almora" (4385 Tonnen), „Nuceria" (4702 Tonnen) und den japanischen Dampfer „Hikosan Maru" (3555 Tonnen). Die innerhalb von drei Tagen vernichteten Schiffe hatten zusammen 31 500 Tonnen Kohle als Ladung; davon waren mehr als 26 000 Tonnen für den Winterbedarf Italiens bestimmt. –

* * *

Der Seekrieg.

Ein Munitionsdampfer versenkt. Nach einer Meldung aus Paris wurde der Dampfer „Medie" (1770 Tonnen) am 23. September im Mittelmeer torpediert. Das Schiff, das Munition geladen hatte, explodierte und versank in einigen Minuten. Es hatte 559 Passagiere an Bord, darunter algerische Soldaten, eingeborne Arbeiter und Kriegsgefangene, 250 Personen werden vermißt.

Ein italienischer Passagierdampfer torpediert. Der italienische Dampfer „Bari", mit den griechischen Konsuln aus der Türkei an Bord, wurde von den Deutschen torpediert. 50 Ueberlebende wurden auf Korfu gelandet, 120 in Italien. Man fürchtet, daß die griechischen Beamten umgekommen sind.

Hilfskreuzer und Minenfeger verloren. Die englische Admiralität gibt bekannt, daß der Minenfeger „Begonia" stark überfällig ist, und man nimmt an, daß er mit Mann und Maus unterging. Der bewaffnete Hilfskreuzer „Champagne" wurde torpediert und versenkt. Fünf Offiziere und fünfzig Mannschaften kamen um.

* * *

Aus dem Dreiklassenhaus.

Das Preußische Abgeordnetenhaus trat am Dienstag nach längerer Pause wieder zusammen. Eine Verordnung der Regierung über die Verlängerung der Amtsdauer der für Bergwerke gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder wurde der verstärkten Haushaltskommission überwiesen, ebenso ein Antrag, der von der Regierung Darlegung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Kohlennot, verlangt. Auch unsre Parteigenossen waren damit einverstanden, daß die Erörterung zunächst im Ausschuß und erst später im Plenum stattfindet.

Eine Debatte riefen dann die Anträge der Volkspartei und des Zentrums hervor, die von der Regierung die baldigste Neuregelung des Beamtenrechts verlangen. Sie wurden der Gemeindekommission überwiesen. Unsre Genossen erklärten sich durch den Mund des Abgeordneten Haenisch damit einverstanden, daß die Vorarbeiten für diese Materie schon jetzt begonnen werden, dagegen dürfe das Dreiklassenparlament nicht mehr mit der endgültigen Erledigung betraut werden, sonst sei zu fürchten, daß die Beamten weder in politischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung zu ihrem Rechte kämen. Selbstverständlich erklärten die Herren von der Rechten, daß gerade dieser Landtag ein soziales und freiheitliches Beamtenrecht zu schaffen geeignet sei.

Am Mittwoch wird das Haus seinen zweiten Vizepräsidenten wählen, und über die Verhältnisse der Staatsarbeiter sprechen.

Nach dem Beschluß des Aeltestenrats soll nur noch heute, Mittwoch, eine Vollsitzung stattfinden, worauf das Plenum sich bis zum 6. November vertagen soll. Die Vollsitzungen sollen mit der Frage über die rechtliche Stellung der Dissidentenkinder wieder eröffnet werden. Dazwischen werden die Kommissionen arbeiten. Nächst der Wohnungskommission wird die Haushaltskommission ihre Beratungen halten, um die Kohlennot und die Ernährungsfragen zu erörtern. Der Seniorenkonvent beschloß ferner, die Gesetzesvorschläge für eine Vereinfachung der Verwaltung einer aus 14 Mitgliedern bestehenden Kommission zu überweisen.

Der Antrag über die Kohlenversorgung und die Ernährung, der von fast allen Parteien gestellt worden ist, lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, in der verstärkten Staatshaushaltskommission Auskunft darüber zu erteilen, welche Maßnahmen für die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Kohle und für die Sicherstellung der Ernährung unsres Volkes im laufenden Erntejahr getroffen oder geplant sind." –

* * *

Staatsmonopole und Zwangskartelle

Der Staatssozialismus ist in einem geradezu komischen Grade das Schreckgespenst der deutschen Kapitalisten geworden. Bekanntlich haben infolge der Kriegsnotwendigkeit Schuh- und Seifenindustrie vom Staate zusammengelegt werden müssen; die gesamte Industrie über das ganze Reich hin bildet danach einen vom Reiche beaufsichtigten und teilweise befehligten großen Reichstrust. Bei andern Industrien wird dieselbe Entwicklung unaufhaltsam sein.

Nun ist es ganz klar, daß, wenn das Reich erst einmal diese Organisationsarbeit vollbringt, es früher oder später den überflüssig gewordenen Unternehmer gänzlich ausschaltet und den Unternehmerprofit für das Reich in Anspruch nimmt, eine Lösung, welche durch die großen Steuerbedürfnisse der Nachkriegszeit besonders nahe gelegt wird. Dieser Wegfall des Unternehmerprofits in wichtigen Industriezweigen ist es, der die Kapitalisten jetzt bei Tag und Nacht ängstigt. Darum erläßt jetzt die Düsseldorfer Handelskammer eine Erklärung, daß Industrie und Handel gern bereit sein werden, den auf sie entfallenden Teil der Reichslasten zu tragen, wenn nur die Zwangssyndizierung auf den möglichst geringen Umfang beschränkt bleibe und nicht Staatsmonopole die persönliche Tüchtigkeit hemmten, das Wirtschaftsleben verödeten und wichtige Handelsgruppen verdrängten.

Diese „Steuerfreudigkeit" der Großindustrie, die ja eine ganz neue Erscheinung ist, und auf deren Ernst man noch keine Probe abgelegt hat, läßt jedenfalls heute schon erkennen, wie sehr die Herren sich davor fürchten, daß ihnen der Staat in die Betriebe hineinguckt. Deshalb tobt auch die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" gegen August Winnig vom Bauerbeiterverband, weil er den Monopolgedanken im Zusammenhang mit der Idee des Verständigungsfriedens untersucht und empfohlen hat. Es ist ja klar, daß ein Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung eine großzügige Ausdehnung der Staatswirtschaft zur unbedingten Notwendigkeit macht. Daher ist es auch verständlich, daß die Nutznießer der großen kapitalistischen Privatmonopole in Rheinland-Westfalen und anderwärts die vordersten Ufer im Streite für die — Vaterlandspartei sind. –

* * *

Stimmungsmache.

Ein Berichterstatter des „Berl. Lokal-Anz." will an „bestunterrichteter" Stelle erfahren haben, daß die Verhaftung der Frau Zietz durch den beauftragten Untersuchungsrichter des Oberreichsanwalts erfolgt ist. Frau Zietz verwaltete das Bureau der Unabhängigen sozialistischen Partei in Berlin und hatte nach den Mitteilungen des „Lok.-Anz." in besen Räumen mit Angehörigen der Marine in der vom Reichskanzler Dr. Michaelis und dem Staatssekretär von Capelle am 9. Oktober erwähnten Angelegenheit längere Konferenzen.

Wir stimmen vollkommen dem „Vorwärts" zu, wenn er dazu schreibt: „Gegen diese Art. Stimmungsmache zugunsten der Verhafteten zu machen, muß entschieden protestiert werden. Wir kennen die Akten nicht, auf die sich das Verfahren gegen Frau Zietz gründet, finden aber die Beziehungen der „Unabhängigen" zu Angehörigen des Heeres und der Flotte an sich vollständig unverdächtig. Jedermann weiß, daß sich die sozialdemokratische Partei gespalten hat und daß beide Gruppen die Entscheidung über ihren Streit von den heimkehrenden Feldgrauen erwarten. Gerade für die neue Parteigründung der Unabhängigen ist dieser Zuzug eine Lebensfrage, bleibt er aus, dann ist die Partei erledigt. Daraus erklärt sich von selbst, daß die „Unabhängigen" auf ihre Beziehungen zu Angehörigen des Heeres und der Flotte den größten Wert legen.

Solange nichts andres bewiesen ist, nehmen wir an, daß die „Unabhängigen" in Heer und Flotte gar keine andre Arbeit verfolgen als die, spätere Mitglieder für ihre Organisationen zu gewinnen, die dann Protestresolutionen gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand annehmen sollen. Wir sind die letzten, denen solche Absichten sympathisch sind, sehen in ihnen aber doch eine recht harmlose Erklärung der angeblichen revolutionären Verschwörungsabsichten, die die „Unabhängigen" in Heer und Marine verfolgen sollen. Auf alle Fälle wäre es eine schwere Schädigung deutscher Reichsinteressen, wenn man die Welt an eine solche Verschwörung glauben lassen wollte, ohne daß zwingende Beweise dafür vorliegen." —

* * *

Notizen.

Landtagsabgeordneter Traub hat sein Mandat bisher noch nicht niedergelegt. Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat sich am Dienstag mit dem Fall Traub beschäftigt und die öffentliche Agitation gegen Partei- und Fraktionsbeschlüsse und ihre Bekämpfung im Verein mit politischen Gegnern mit den Pflichten eines Abgeordneten der Partei unvereinbar erklärt. Traub hatte an die Fraktion einen Brief gerichtet, in dem er die Frage gestellt hat, ob es der Fraktion genehm wäre, wenn er nach Austritt aus der Fraktion sein Mandat als „Wilder" beibehalte. Er könnte doch bei wichtigen Abstimmungen in innerpolitischen Fragen, wo es möglicherweise auf eine Stimme ankäme, in liberalem Sinne den Ausschlag geben. Die Fraktion hat Herrn Traub mitgeteilt, daß sie darauf kein Gewicht lege. Der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei Teltow-Beeskow-Storkow nahm ebenfalls Stellung zu der Haltung Traubs. Nach längerer Debatte wurde eine Entschließung mit großer Mehrheit angenommen, in welcher es heißt, daß Abgeordneter Traub nach diesen Vorgängen nicht mehr das Vertrauen der fortschrittlichen Organisation seines Wahlkreises besitzt. —

Kein Verfahren gegen Haase, Dittmann und Vogtherr. Die konservative „Tägliche Rundschau" hatte berichtet, die Regierung habe die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen die drei Abgeordneten abgelehnt, da sich das Anklagematerial bereits auf dem Wege an das Reichsgericht in Leipzig befinde. Demgegenüber erklärt der „Berliner Lokalanzeiger": Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle sind wir in der Lage, auf das bestimmteste zu erklären, daß diese Nachricht falsch ist. Für ein Verfahren gegen die genannten Abgeordneten hat niemals ausreichendes Material vorgelegen. —

*

Abgeordneter Weißstein gestorben. Der Zentrumsabgeordnete Weißstein, seit 1893 Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, ist im 68. Lebensjahr gestorben. —

*

Keine Friedensgespräche mehr. Aus Wien wird gemeldet: **Mehreren Blättern zufolge sei durch die letzten Erklärungen von Lloyd George, Asquith und Ribot nach Auffassung hiesiger diplomatischer Kreise die Friedensaktion der Mittelmächte zu vorläufigem Abschluß gekommen. Durch Ablehnung unsrer Friedensvorschläge seien an sich jene Umstände eingetreten, unter denen Graf Czernin von einer Revision unserer Kriegsziele sprach.** —

*

Friedensantrag in der italienischen Kammer. Nach dem „Corriere della Sera" wird der Sozialist Enrico Ferri in der Kammer einen Antrag stellen mit der Aufforderung an die Regierung, im Einvernehmen mit den Verbündeten eine Friedensaktion einzuleiten, welche, wenn auch unter Ausschluß eines Sonderfriedens, geeignet ist, das baldige Ende des Krieges herbeizuführen. —

*

Der Kaiser auf dem Balkan. Der deutsche Kaiser hat mit dem Staatssekretär Rühlmann im Gefolge eine Reise zum Besuch des bulgarischen Zaren und des Sultans unternommen. In den Trinksprüchen auf dem Festmahl in Sofia wurde von beiden Herrschern die Unlöslichkeit des Bündnisses gefeiert. Der Kaiser sprach die Hoffnung aus, „in einer nicht zu fernen friedlichen Zeit" ein glücklich geeintes Bulgarien begrüßen zu können. Am Montag setzte der Kaiser seine Reise nach Konstantinopel fort. —

* * *

Oesel ganz besetzt!

W. T. B. Großes Hauptquartier, den 17. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern schwoll der Artilleriekampf vom Ueberschwemmungsgebiet der Yser bis zur Lys gestern wieder zu erheblicher Stärke an. In einzelnen Abschnitten war die Feuertätigkeit am Abend, auf der ganzen Front heute morgen gesteigert.

Außer Erkundungsgefechten, die auch zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe zahlreich waren, kam es nicht zu Infanteriekampftätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Feuerkampf nordöstlich von Soissons dehnte sich gestern zeitlich aus und war zeitweilig sehr heftig; er hielt auch nachts an.

In der westlichen Champagne, in den Argonnen und auf dem östlichen Maasufer erreichte die Artillerietätigkeit gleichfalls größere Heftigkeit als in den letzten Tagen.

*

Zehn feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon sind gestern abgeschossen worden. Leutnant v. Bülow brachte seinen 23., Leutnant Böhme den 20. Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Dünkirchen wurde von unsern Fliegern erneut und mit erkannter Brandwirkung durch Bomben angegriffen.

Zur Vergeltung für Bombenwürfe feindlicher Flieger auf offne Städte wurde die im französischen Operationsgebiet liegende Stadt Nancy von uns mit Bomben beworfen. Größere Brände waren die Folge.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die auf der Halbinsel Sworbe noch Widerstand leistenden feindlichen Kräfte wurden gestern durch unsre Truppen überwältigt.

Die Insel Oesel ist damit völlig in unserm Besitz.

Die Beute mehrt sich; gestern wurden mehr als 1100 Gefangene eingebracht.

Unsre Seestreitkräfte hatten nördlich von Oesel und im Rigaischen Meerbusen mit russischen Zerstörern und Kanonenbooten Gefechte, die für uns günstig ausgingen. Ohne eignen Verlust wurden die feindlichen Schiffe zur Umkehr gezwungen.

Marine-Luftschiffe bewarfen Pernau mit Bomben; große Brände brachen dort aus.

Auf der feindländischen Front lebte die Gefechtstätigkeit an mehreren Stellen beträchtlich auf; vordringende Streifabteilungen der Russen wurden vertrieben.

Mazedonische Front:

Keine größern Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Aus der französischen Kammer.

W. T. B. Paris, 16. Oktober. (Havas.) **Die Kammer hatte beschlossen, zu einer Geheimsitzung zusammenzutreten, um die Interpellation Maneras über die Ereignisse in Griechenland, die sich auf deutsche Umtriebe wegen Elsaß-Lothringens beziehen, und die Interpellation Bokanowski bezüglich der Abwehr feindlicher Machenschaften durch die Alliierten zu beraten. Nach der Geheimsitzung erklärte der Präsident, daß eine einfache Tagesordnung über die Interpellationen Maneras und Bokanowski beantragt worden sei. Renaudel teilte mit, die Sozialisten würden sich nach den Erklärungen Ribots der Abstimmung enthalten. Vor der Abstimmung sprach Delahaye, der über den Fall Doudet-Malvy interpellieren wollte, über die Festlegung des Zeitpunktes der Interpellation. Die Kammer nahm in öffentlicher Sitzung mit 313 Stimmen die einfache Tagesordnung an, die von der Regierung als Abschluß der Interpellationen Maneras und Bokanowskis gebilligt worden war. Bei der weitern Debatte über die Interpellation Delahaye erklärte Ministerpräsident Painlevé, er bestehe auf der Vertagung der Debatte und stelle die Vertrauensfrage. Die Vertagung der Interpellation Delahaye trat nach Abschluß des gerichtlichen Verfahrens wurde mit 246 gegen 189 Stimmen angenommen und daraufhin die Sitzung aufgehoben.** —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171018-18/fragment/page=0003

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz der Lagerhalter.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte für den 8. und 9. Oktober in Würzburg eine Vertreterkonferenz der bei ihm organisierten Lagerhalter der Konsumvereine veranstaltet. Die Konferenz hatte den Zweck, eine Aussprache über die durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Umwälzungen im Lagerhalterberuf herbeizuführen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein Referat von Döhnel über die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der konsumgenossenschaftlichen Lagerhalter. Er wies darauf hin, daß die Gehaltsverhältnisse im allgemeinen schon vor dem Kriege verbesserungsbedürftig waren. Der Krieg hat aber eine Teuerung gezeigt, die durch die inzwischen gewährten Teuerungszulagen nicht im entferntesten leichtgemacht worden ist. Es muß darauf Bedacht genommen werden, die Grundlöhne zu erhöhen.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß eine Erhöhung über die Gehalts- und Teuerungszulagen stattfinden solle, und ferner folgende Entschließung angenommen: „Die Konferenz stellt nach eingehender Erörterung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen der Lagerhalter fest, daß die vor dem Kriege schon zu niedrige Bezahlung durch die Teuerung der Lebenshaltung während des Krieges neue bedeutende Verschlechterungen erfahren hat. Die nur teilweise gewährten Teuerungszulagen sind als ungenügend anzusehen. Es ist deshalb notwendig, die Tarifverträge zu kündigen und eine Erhöhung der Grundgehälter zu erstreben. Neben dieser Regelung sind entsprechend den örtlichen Verhältnissen Teuerungszulagen zu verlangen. Um dies zu erreichen, sind die Lagerhalter bereit, alle die den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Mittel und Maßnahmen zur Anwendung zu bringen."

Am zweiten Verhandlungstag wurden besondere Berufsfragen und organisatorische Angelegenheiten besprochen. Die Konferenz erklärte sich dahin, daß den Bezirksleitern das Recht eingeräumt werde, bei Arbeitsstreitigkeiten eingelner Kollegen vermittelnd einzugreifen und die entstehenden Kosten die Hauptkasse trage. Zu einer längern Erörterung führte ein Rundschreiben, welches einzelne sächsische und thüringische Kollegen an die Bezirke gerichtet hatten. Der Hauptvorstand hatte dieses Rundschreiben schriftlich beantwortet und die gegen ihn erhobene Kritik als im wesentlichen unberechtigt bezeichnet. In der Diskussion hierüber wurde hauptsächlich die Frage erörtert, ob den Redakteur des Fachorgans „Filialleiter" genügende Bewegungsfreiheit gewährt werde. Von einigen Vorstandsmitgliedern wurde dies unbedingt bejaht. Hierzu wurde schließlich folgende Resolution mit 29 gegen 16 Stimmen angenommen: „Jede Beeinflussung des Redakteurs durch Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen ist zu unterlassen, der allein nur zu entscheiden hat, welche Artikel aufnahmeberechtigt sind und welche nicht. Dem Vorstand oder einzelnen Mitgliedern desselben soll es unbenommen bleiben, gegen Artikel oder Zuschriften, die ihren Ansichten nicht entsprechen, im „Filialleiter" oder der „Handlungsgehilfen-Zeitung" zu polemisieren, jedoch nur in dem Maßstab, der jedem andern Mitglied unsers Verbandes auch zusteht." —

Vom Wachstum der freien Gewerkschaften. Der Gemeindearbeiterverband gewann im August 1649 neue Mitglieder und erzielte damit eine Rekordzunahme. Seine jetzige Mitgliederziffer steht um 3063 über dem Stande vor Kriegsbeginn. Der Verband hat in den ersten acht Monaten laufenden Jahres über 4000 Mitglieder Zunahme erzielt. —

Kleine Chronik.

Ein Kindersonderzug verunglückt.

Ein entsetzliches Eisenbahnunglück hat sich am Dienstag, morgens 5 Uhr, auf dem Bahnhof Schönhausen a. d. Elbe ereignet. Der Kindersonderzug 2240 von Tuchel nach Essen, der Stadtkinder aus der Provinz Westpreußen nach der Heimat zurückbrachte, ist gegen 5 Uhr morgens, anscheinend infolge Nichtbeachtens eines Haltesignals, auf einen im Bahnhof haltenden Güterzug aufgefahren. Mehrere Personenwagen sind zertrümmert, **25 Kinder und ein Schaffner sind tot,** 15 Kinder und eine Begleiterin teils schwer, teils leicht verletzt und im Stendaler Johanniter-Krankenhaus untergebracht worden.

Dem „Altmärker" entnehmen wir folgende Einzelheiten: Die Maschine des Ferienzuges hatte sich in die des Güterzugs hineingewühlt, dadurch sitzen drei Wagen, die mit Kartoffeln beladen waren, auf der Maschine. Der Packwagen des Ferienzugs hat den darauffolgenden Personenwagen vollständig zerstört. Die hier letzten Wagen des Personenzugs sind zur Seite geschleudert und liegen etwa 50 Meter von dem Schienenstrang entfernt. Die Schienen sind, verursacht durch den heftigen Anprall, gebogen wie Draht. Der eine dieser zur Seite geschleuderten Personenwagen liegt platt auf der Seite. Ringsum liegen Fetzen von Kissen, Splitter und Glas herum.

Tot sind 25 Kinder und ein Bremser Spohn, in Stendal wohnhaft. Letzterer befand sich im Bremserhäuschen des Güterzugs. Die Kinder stammen aus der Industriegegend, von wo aus sie zur Erholung nach Ostpreußen geschickt wurden. 15 Verletzte sind im Krankenhaus untergebracht; **zwei sollen bereits gestorben** sein. Der Materialschaden ist bedeutend. Ueberhaupt ist dieser Eisenbahnunglück eins der größten seit Jahrzehnten. Kriegsgefangene und mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Der Verkehr inkleit sich auf einem Gleis ab, schwierigkeitlich erleiden die Züge eine erhebliche Verspätung.

Literarisches.

Die Glocke. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 26 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Lensch, M. d. R.: Der neue Geist. J. Meerfeld, M. d. R.: Repitium und Weltfrieden. Max Schäfer: Der Sozialrauschkrieg. H. Benz, M. d. R.: Der Arbeiter in der gemeinwirtschaftlichen Produktion. Hermann Molkenbuhr: Die Beteiligung der Unternehmerverbände. Kurt Morek: Heinrich Mann. Otto Flake: „Untergang". Karl Bröger: Lied gegen den Tod. Glossen. — Einzelhefte 80 Pfg., vierteljährlich 3,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme von Holzzelltoff und Strohzelltoff Nr. Pa. 1600/9. 17 KRA. erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 18. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps
Frh. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 9

Neu eröffnet! **Fotografisches Atelier Central** G. m. b. H. Neu eröffnet!

Große Ulrichstraße 57. Fernruf 5415.

Werkstätten für moderne Fotografie und Vergrößerungen.

12 Visites von **6 Mk.** an
12 Kabinetts von **12 Mk.** an

Vornehme Ausführung bei garantierter Haltbarkeit.

Geöffnet an Werktagen von 8 bis 7 Uhr. Sonntagen von 9 bis 2 Uhr.

Abends bei elektrischem Licht. 312

Schürzen schön und preiswert, alle Moderarten, in schwarz, weiß und bunt, im 313 **Kaufhaus H. Elkan,** Leipziger Straße 87.

Stadt-Theater. Freitag den 19. Oktober Anfang 7½ Uhr Ende 11 Uhr **Tannhäuser** von Richard Wagner. Sonnabend: **Jar und Zimmermann.**

Thalia-Theater. Gastspiel des Stadt-Theater-Personals Sonntag, 21. Oktober, abends 7½ Uhr **Doktor Klaus** Lustspiel von L'Arronge.

ZOO Heute abend 8 Uhr **Gesellschafts-Konzert.** 3769

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.

In Freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer 10 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:

Modenzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hausschneiderei Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171018-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 120. Halle, Donnerstag den 18. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 18. Oktober 1917.

Die Neureglung der Straßenbahnverhältnisse,

die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung genehmigt worden ist, sei zur Ergänzung unsrer bisherigen Mitteilungen darüber nachstehend in knappster Weise geschildert:

Ein vorläufiger Ausweg zur Erzielung einer Nord-Süd-Linie — der einzige Weg, der keinen baulichen Eingriff nötig macht — bietet sich dadurch, daß man die Linie 1 der Stadtbahn nicht mehr vom Steinweg über den Markt, Wallhalla nach der Artillerie-kaserne, sondern vom Wallhalla-Theater abzweigend nach dem Bahnhof Trotha führt. Der Magistrat hat diese Linienänderung beschlossen. Sie zieht eine andre Linienführung der Stadtbahnlinien 4 und 5 nach sich. Die Linie 4 wird künftig nicht mehr vom Hettstedter Bahnhof—Markt—Walhalla, nach dem Zoologischen Garten, sondern vom Walhalla südlich abzweigend, nach der Artillerie-kaserne fahren, und die Linie 5, die bisher vom Hauptbahnhof nach dem Trothaer Bahnhof fuhr, wird hinfort nur bis zum Zoologischen Garten fahren.

Diese Aenderungen werden zugleich mit der Einrichtung des Umsteigeverkehrs (s. u.) eingeführt. Gleichzeitig werden zur schnelleren Abwicklung des Verkehrs einige Haltestellen der Stadtbahn eingezogen oder zusammengelegt.

Die Linien A, B und C erhalten künftig die Bezeichnungen 7, 8 und 9.

Die Umsteigemöglichkeiten, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse ohne Schaden für den Gesamtverkehr zugelassen werden können, sind nachstehend zusammengestellt:

Umsteigestelle Riebeckplatz, Linien 2, 4, 5, 6, 7, 8 und 9.

Markt—Artillerie-Kaserne	von 7 und 9 in 4 10 Pfg.
Markt—Schlachthof	von 7 in 2 10 „
Leipziger Turm—Zoologischer Garten	von 7, 8 und 9 in 5 10 „
Cröllwitz—Artillerie-Kaserne	von 8 in 4 15 „

10-Pfg.-Grenzen: Thüringer Straße und Volkspark.

Cröllwitz—Thüringer Straße	von 8 in 4 10 „
Volkspark—Artillerie-Kaserne	von 8 in 4 10 „
Cröllwitz—Schlachthof	von 8 in 2 15 „

10-Pfg.-Grenzen: Freiimfelder Straße und Volkspark.

Cröllwitz—Freiimfelder Straße	von 8 in 2 10 „
Volkspark—Schlachthof	von 8 in 2 10 „
Cröllwitz—Böllberger Weg	von 8 in 6 15 „

10-Pfg.-Grenzen: Hofjäger und Volkspark.

Cröllwitz—Lindenstraße (Hofjäger)	von 8 in 6 10 „
Volkspark—Böllberger Weg	von 8 in 6 10 „
Stadtgrenze—Zoologischer Garten	von 9 in 5 10 „
Stadtgrenze—Artillerie-Kaserne	von 9 in 4 10 „
Stadtgrenze—Böllberger Weg	von 9 in 6 10 „
Stadtgrenze—Hettstedter Bahnhof	von 9 in 2 10 „

Umsteigestelle Marktplatz, Linien 1, 4 7 und 9.

Hettstedter Bahnhof—Alte Promenade	von 4 in 7 10 „
Stadtgrenze—Bahnhof Trotha	von 1 in 9 15 „

10-Pfg.-Grenzen: Walhalla und Infanterie-Kaserne.

Stadtgrenze—Infanterie-Kaserne	von 1 in 9 10 „

Umsteigestelle Hauptpost, Linien 1, 4 und 8.

Cröllwitz—Kannischer Platz	von 8 in 1 10 „
Cröllwitz—Hettstedter Bahnhof	von 8 in 4 10 „
Cröllwitz—Lessingstraße	von 8 in 1 10 „
Cröllwitz—Wasserturm	von 8 in 4 10 „
Leipziger Turm—Trothaer Bahnhof	von 8 in 1 15 „

10-Pfg.-Grenzen: Zoologischer Garten und Walhalla (direkt).

Leipziger Turm—Zoologischer Garten	von 8 in 1 10 „

Umsteigestelle Ecke Reil- und Ludwig-Wucherer-Str.

Saalschwebebahnerei—Magdeb. Str. (Wasserturm)	von 7 in 5 u. 1 10 Pfg.
Alte Promenade—Bahnhof Trotha	von 7 in 1 10 „

Daneben bleiben die bisherigen Umsteigemöglichkeiten, soweit sie sich nicht durch die Aenderungen der Führung der Linien 1, 4 und 5 geändert haben, bestehen.

Durch die Aenderung der Führung der Linien 1, 4 und 5 kommen ferner folgende neue Umsteigemöglichkeiten hinzu:

Umsteigestelle Walhalla.

Bahnhof Trotha—Hauptbahnhof (bisher direkt)	von 1 in 5 15 Pfg.

10-Pfg.-Grenzen: Walhalla (direkt) und Kaffeegarten.

Hauptbahnhof—Kaffeegarten	von 1 in 5 10 „
Hettstedter Bahnhof—Zoologischer Garten	von 1 in 4 und 5 10 „ (bisher direkt)
Bahnhof Trotha—Hettstedter Bahnhof,	nicht mehr von 5 in 4, sondern von 1 in 4,
Bahnhof Trotha—Artillerie-Kaserne,	nicht mehr von 5 in 4, sondern von 1 in 4.

Umsteigestelle Franckeplatz.

Bahnhof Trotha—Schlachthof	von 1 in 2 15 Pfg.

10-Pfg.-Grenzen: Walhalla (direkt) und Infanterie-Kaserne.

Schlachthof—Infanterie-Kaserne	von 1 in 2 10 „

Umsteigestelle Kannischer Platz.

Bahnhof Trotha—Böllberger Weg	von 1 in 6 15 „

10-Pfg.-Grenzen: Walhalla (direkt) und Infanterie-Kaserne.

Böllberger Weg—Infanterie-Kaserne	von 1 in 6 10 „
Bahnhof Trotha—Hofjäger	von 1 in 6 15 „

10-Pfg.-Grenzen: Walhalla (direkt) und Infanterie-Kaserne.

Hofjäger—Infanterie-Kaserne	von 1 in 6 10 „

Dagegen ist ein Umsteigen am Walhalla für Fahrten vom Bahnhof Trotha nach dem Stadtinnern (Markt, Kannischer Platz) nicht mehr nötig, weil dahin künftig direkte Verbindung besteht.

Da grundsätzlich nur einmaliges Umsteigen zugelassen ist, führt künftig die Verbindung zwischen Hettstedter Bahnhof und Böllberger Weg über den Riebeckplatz als Umsteigestelle.

Infolge der Einführung des Umsteigeverkehrs zwischen Stadtbahn und Straßenbahn (10-Pfg.- und 15-Pfg.-Umsteigemöglichkeiten) wird eine Vereinheitlichung der Fahrgeldtarife usw. auch bezüglich der Vergünstigungen notwendig. Der Magistrat hat daher folgendes beschlossen: Für beide Bahnen werden einheitliche Gutscheinhefte nach dem Muster der Stadtbahn mit 48 Abschnitten zu 2,05 Mark und mit 120 Abschnitten zu 5,10 Mark einschließlich Steuer für Erwachsene, sowie mit 80 Abschnitten zu 1 Mark (oder 60 Abschnitten zu 2,05 Mark) für Kinder eingeführt. Die einzelnen Abschnitte haben in allen Fällen einen Wert von 5 Pfg. Die Arbeiterkarten der Stadtbahn bleiben bestehen, ebenso die Abrißhefte der Straßenbahn für Frühfahrten; letztere sind jedoch nach dem Muster der neuen Kindergutscheinhefte einzurichten, damit 10- und 15-Pfg.-Fahrten bezahlt werden können. Ferner werden künftig sämtliche Hefte nicht mehr — wie bisher bei der Straßenbahn — durch das Fahrpersonal verkauft, was zu erheblichen Mißständen geführt hat, sondern durch besondere Verkaufsstellen (Zigarrengeschäfte u. dergl.), denen dafür eine kleine Entschädigung gewährt wird. Für die Arbeiterkarten der Stadtbahn bleibt die bisherige Form der Ausgabe bestehen.

Es sind ferner folgende Aenderungen und Ergänzungen der Tarife beider Straßenbahnen in Aussicht genommen: Handgepäck, das besonderen Platz nicht erfordert und nicht schwerer als 10 Kilogramm ist, wird frei befördert. Für andre Gepäckstücke werden, soweit sie sich nach ihrem Umfang überhaupt zur Beförderung auf dem hierzu bestimmten Wagenteil eignen, folgende Sätze erhoben: Bei einem Gewicht bis 20 Kilogramm und einer nach keiner Richtung mehr als 0,50 Meter betragenden Ausdehnung 10 Pfg., für schwerere oder sperrige Gepäckstücke 15 Pfg. Zur Bekämpfung der mehr und mehr um sich greifenden Fahrgeldhinterziehung hat der Magistrat sich nach dem Muster andrer Städte von den Aufsichtsbehörden die Erhebung des 10fachen Fahrgeldpreises für jede festgestellte Hinterziehung genehmigen lassen. Das Straffahrgeld wird vorbehaltlich der gerichtlichen Strafverfolgung von den mit Bahnpolizeibefugnissen ausgestatteten Straßenbahnbediensteten gegen Aushändigung von zehn Fahrscheinen, die dem Bestand des Schaffners entnommen werden, erhoben werden.

Die sämtlichen Neurungen werden, sobald die Genehmigung der Aufsichtsbehörden vorliegt und die neuen Fahrgeldscheine und Gutscheinhefte vorhanden sind, in Kraft treten. —

Die Ernährung im Winter.

Im Reichsamt des Innern wurde am Montag vormittag unter Vorsitz des Staatssekretärs von Waldow eine Konferenz der Minister der Bundesregierungen abgehalten, in der die Ernährungsfrage und der Wirtschaftsplan 1917/18 eingehend erörtert wurden. Ueber die Ernährungsfragen im kommenden Winter hat sich einem Berichterstatter des „Berliner Tageblt." gegenüber der bayrische Minister des Innern von Brettreich geäußert. Ueber die Ernte sagte er:

„Meines Erachtens wird der kommende Winter in den Ernährungsverhältnissen besser sein als der vorjährige. Wir haben in Bayern eine sehr gute Kartoffel- und gute Brotgetreide- und sind auch mit der Futterernte zumeist zufrieden; die Gemüseernte ist gut und die Obsternte ausgezeichnet. Unsre Ernteaussichten sind aber auch in ganz Deutschland zumeist besser als im Vorjahr. Auch aus Oesterreich höre ich, daß das Brotgetreide dort und in Ungarn nichts zu wünschen übrigläßt. Am wenigsten sind wir mit Fleisch und Fett versorgt. Wir haben gegenwärtig so große Kartoffelzufuhren, daß man oft nicht weiß, wohin damit. Gestern sind zum Beispiel bei der Landeskartoffelstelle 1450 Waggons angeboten worden. „Wenn es so fortgehen sollte," meinte der Minister, „würden wir die Rationierung schließlich aufheben können. Die Kartoffelration ist jetzt schon reichlich bemessen, nur ist die Rationierung leicht aufgehoben, aber schwer wieder eingeführt. An die Aufhebung der Rationierung könnte man erst schreiten, sobald feststeht, wie die Spätkartoffeln ausfallen. Das wird erst nach 3 Wochen möglich sein."

Trotzdem „man oft nicht weiß, wohin" mit den Kartoffeln, ist der Preis unverständlich hoch festgesetzt und wird noch — das ist das schönste — durch Schnelligkeits- und Aufuhrprämien gesteigert. Mit „Ernährungssürsorge" hat diese Preispolitik nichts zu tun.

---

* **Die Bezugsscheine für Winterkartoffeln aus dem Saalkreise** werden bei der Kreiskartoffelstelle, Kronprinzenstraße 12, am Freitag von ½9 bis 2 Uhr für die Markenausgabestellen Spitze 20 und Magdeburger Straße 23, am Sonnabend für diejenigen der Markenausgabestellen Großer Berlin 14, und Bertramstr. 27 ausgegeben. —

* **Abholungen von Winterkartoffeln.** Am Freitag wird auf dem städtischen Schlachthof mit der Ausgabe der Kartoffeln an diejenigen Haushaltungen begonnen, die ihren Wintervorrat auf Grund des erteilten Bezugsscheines selbst vom Schlachthof abholen wollen. Die Ausgabe erfolgt vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Zunächst kommen die Haushaltungen mit den Nummern 1 bis 180 dran. —

* **Unterschleife in der Talamtschule?** Ein hiesiges Blatt hatte vor einigen Tagen „von einem vertrauenswürdigen Leser" u. a. die Mitteilung erhalten, „daß einzelne in der Talamtschule tätigen Frauen in auffallender Weise gefüllte Taschen und Netze seit Tag für Tag nach Hause schleppten. In einem Falle soll eine Frau sich dadurch so stark verletzt haben, daß sie noch Wochen an andre Leute abgab, sowohl an Verwandte wie an Nachbarn und bekannte Geschäftsleute". Darauf erwidert jetzt der Magistrat, über alle Waren würde so genau Buch geführt und die Differenzen infolge Einzelgenen wären so klein, daß solche Unregelmäßigkeiten ganz ausgeschlossen seien. Danach fährt er fort: „Es ist bedauerlich, daß die Frauen, die in der Talamtschule von früh 7 bis abends 7 Uhr und länger mit ganz kurzen Mittagspausen schwere Arbeit verrichten, fortgesetzt des Diebstahls und der Hamsterei bezichtigt werden. Einigermaßen verständigen Leuten muß es doch klar sein, daß die Frauen, deren Männer meistens im Felde und die ihre Kinder, welche allein zu Hause sind, zu versorgen haben, nicht mit leeren Taschen abends ihren Heimweg antreten können. Aber sie haben ihre Taschen auf redliche Weise gefüllt, denn sie müssen nicht nur die ihnen wie jedem andern in der Talamtschule rechtmäßig zustehenden Waren nach Hause tragen, sondern auch die kurze Mittagspause dazu benutzen, um bei den Kaufleuten und Gemüsehändlern ihre weiteren Lebensmittel zu besorgen. Außerdem enthalten die so gefüllt aufstehenden Taschen und Netze nach die leeren Geschirre, in denen die Frauen früh ihr Mittagessen mitbringen, das sie sich in der Talamtschule wärmen." —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(30. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

„Ich hab früher 'nen Mann gekannt, der da wohnen tat," meinte der Alte, langsam und bedächtig sprechend. „Wie heißt sie denn?"

„Das hab ich vergessen," entgegnete der Junge und gähnte.

Die Unterhaltung schlief ein, und die beiden beobachteten die letzten Kinder, die sich langsam vom sandigen Strande nach Hause begaben. Die Sonne war untergegangen und die Luft begann kühl zu werden.

„Ich will man nach Haus gehn," sprach der Alte. „Gut' Nacht, mein Jung'!"

„Gut' Nacht auch," sagte der wohlerzogene Fiedje.

Er folgte der noch immer kräftigen Gestalt des Alten mit den Augen, wie sie langsam die Treppe hinaufstieg, und ging dann vorsichtig hinter ihm her, nachdem er ihm einen kleinen Vorsprung gelassen hatte. So ging es die Treppen hinauf und die Klippen entlang, und die voranschreitende Gestalt machte nicht eher halt, als bis sie einen kleinen Hof im Rücken des Stallgebäudes erreicht hatte; dann stieß sie, ohne auf den nun dicht hinter ihr befindlichen Schatten zu achten, die Tür eines schmutzigen, kleinen Hauses auf und ging hinein. Der Schatten kroch näher und blieb unentschlossen stehen und schlich dann nach einer sorgfältigen Besichtigung des Platzes leise und lautlos zurück.

Der Schatten, der die Landstraße wählte, weil sie kürzer war, tanzte nun nach Sturhamm zurück und trat, leichtfüßig auf den Schoner hüpfend, hinter den Koch und schlug ihn herzhaft auf den Rücken. Bevor der Koch ihn greifen konnte, war er weiter auf Hinnerk zu geglitten, und soviel als möglich von der Taille dieses Herrn umfassend, versuchte er vergebens, ein Tänzchen mit ihm zu machen.

„Er is verrückt geworden," sagte Hinnerk, sich frei schüttelnd und ihn argwöhnisch betrachtend. „Was is los, Kind?"

„Nix nich," entgegnete Fiedje jubilierend, „alles in Ordnung."

„Wieder Aepfel?" fragte der Koch mit höhnischem Grinsen.

„Nee, nix von wegen Aepfel," sagte Fiedje hitzig; „Sie können auch nich mehr als einen Gedanken in Ihren Schädel 'reinkriegen. Wo is der Käppen? Ich hab ihn was Wichtiges zu sagen — etwas, das ihn tanzen machen wird."

„Was is es?" sagten der Koch und Hinnerk gleichzeitig, ganz blaß werdend.

„Nu regt Euch bloß nich auf," meinte Fiedje und hob beschwichtigend seine Hand hoch; „das is nich gut für Ihnen, Hinnerk, weil daß Sie so dick sind, und für'n Koch is es nicht gut, weil daß sein Kopp man 'n bißchen schwach is. Ihr werdet's früh genug gewahr werden."

Er ging nach hinten und überlief, es den beiden, sich den Kopf über den Grund seiner fröhlichen Stimmung zu zerbrechen. Hastig stieg er die Treppe hinunter und platzte polternd in die Kajüte und betrachtete den Kapitän und den Steuermann mit einem Lächeln, das seiner Meinung nach sehr ausdrucksvoll war. Beide sahen erstaunt auf, und der Kapitän, der sehr schlechter Laune war, erhob sich halb von seinem Sitze.

„Wo hast Du gesteckt, Du Schlingel?" fragte er, ihn scharf anblickend.

„Mich umgesehen," sagte Fiedje, noch immer lächelnd, weil er an den Wechsel in des Kapitäns Benehmen dachte, wenn er mit seiner Kenntnis herausrücken würde.

„Dies is nu das zweitemal, daß Du Dich so gedrückt hast," brüllte der andre ärgerlich. „Ich hab große Lust, Dir die beste Tracht Prügel zu geben, die Du in Deinem Leben gekriegt hast."

„Na, is gut," sagte Fiedje, etwas ernüchtert. „Wenn —"

„Hab keine Widerworte, Du fauler Strick!" sagte der Kapitän streng. „Marsch zu Bett mit Dir!"

„Ich will bloß —" begann Fiedje, den es ganz kalt bei diesem Befehl überfiel.

„Marsch zu Bett," wiederholte der Kapitän und erhob sich.

„Zu Bett?" sagte Fiedje, dessen Züge sich verfinsterten; „zu Bett um sieben Uhr?"

„Ich will Dir die Sache doch mal anstreichen," entgegnete der Kapitän und wandte sich dann an den Koch, der gerade nach unten gekommen war.

„Koch!"

„Ja, Käppen," erwiderte der Koch prompt.

„Bringen Sie den Jungen zu Bett," sagte der andre, „und zwar gleich."

„Jawoll, Käppen," antwortete der grinsende Koch. „Komm mit längs, Fiedje."

Mit blassem Gesicht und höhnischer Miene, die unter andern Umständen höchst ausdrucksvoll hätte sein können, folgte Fiedje ihm nach einem flehentlichen Blick auf den Kapitän.

„Er soll zu Bett," sagte der Koch zu Hinnerk und Schorie, die zusammenstanden. „Er ist unartig gewesen."

„Wer sagt das?" fragte Hinnerk eifrig.

„Käppen," antwortete der Koch. „Er sagte mich, wir sollten ihn selbst zu Bett bringen."

„Ihr braucht Euch keine Mühe zu geben," bemerkte Fiedje steif; „ich kann allein gehn."

„Es is keine Mühe nich," sagte Hinnerk freundlich.

„Das is uns 'n Vergnügen," sagte Schorie sehr wahrheitsgemäß.

Bei der Luke blieb Fiedje stehen, dann gähnte er, um sich den Anschein einer Ruhe zu geben, die er durchaus nicht besaß, und warf einen Blick um sich in die Nacht hinein.

„Geh zu Bett," sagte Hinnerk tadelnd, und ihn mit seinen kräftigen Armen umfassend, langte er ihn nach unten dem Koch hin, die Füße voran, wie der Koch zu seinem Schaden entdeckte.

„Er sollt eigentlich erst gebadet werden," meinte Hinnerk, die Leitung übernehmend; „und es is Montag abend, und da sollt er'n reines Nachthemd ankriegen."

„Es sein Bettchen gemacht?" fragte der Koch besorgt.

„Sein Bettchen is schön in Ordnung," sagte Schorie und strich zärtlich darüber hin.

„Wir wollen ihn heut abend nich baden," meinte Hinnerk, während er sich ein Handtuch wie eine Schürze um die Taille band, „das wird zuviel Arbeit machen. Na, Fiedje, nu komm mal auf meinen Schoß."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171018-18/fragment/page=0005

— **Das Obst im Aufwärtssteigen.** Die Preisbestimmungen für Obst erfuhren dadurch eine höchst seltsame Ergänzung, daß von der Provinzialstelle immer neue Sorten nach oben befördert wurden, sie rückten von der zweiten Preisstaffel in die erste auf. Durch die Erhebung von schlichtem zweitklassigem Obst in den Stand des „Edelobstes" wurde zwar das Obst nicht besser, aber es wurde teurer. Ein Erfolg, der gewiß große Anerkennung fand bei Obstzüchtern und -händlern. Jetzt hat man aber noch eine neue Rangerhöhung erfunden. Es gibt neben den Obstsorten zweiter und dritter Sorte — die nicht zu haben sind — nicht nur Edelobst, sondern über diesem noch „Kabinettstücke". Die Provinzialstelle für Obst und Gemüse macht nämlich bekannt: „Kabinettstücke (herkömmlich nur stückweise verkauftes, ausgesprochenes Edelobst) bei Aepfeln von mindestens 175 Gramm (bei Birnen 200 Gramm) Gewicht dürfen beim Verkauf an einzelne bestimmte Stadtverwaltungen mit 80 — 100 Mark für den Zentner bezahlt werden. Auskunft erteilen die Kreisstellen." — Nun wird es, wenn es mit dem Gewicht so annähernd stimmt, nur noch „Kabinettstücke" geben, das Pfund im Großhandel für 1 Mark. Auf diese Weise kann allerdings Nachfrage und Angebot in Einklang gebracht werden. Das Obst wird eben so fein und teuer, daß der gewöhnliche Verbraucher gar nicht mehr wagt, danach zu fragen. —

* **Der Verein für Kinderhorte** hatte für die Sommerferien in umfassender Weise Ferienhorte eingerichtet. In Aussicht genommen waren zehn Anstalten mit je 40 Kindern. Die Anmeldungen liefen aber so zahlreich ein, daß 16 Horte — zehn für Knaben und sechs für Mädchen — eröffnet werden mußten. Da jeder Anstalt durchschnittlich 42 Kinder zugeteilt waren, konnten im ganzen 420 Knaben und 252 Mädchen, zusammen 672 Kinder, schulpflichtigen Alters dem Straßenleben entzogen werden. Die Kinder wurden täglich von vormittags 8 Uhr bis abends 6 Uhr in den Horten betreut. Durch Wandrungen, Spiele im Freien, Besuche des städtischen Freibades usw. gestalten sich die Ferientage zu einer Zeit wirksamer Erholung für die Zöglinge, um so mehr, als ihnen in den Horten volle Beköstigung: Frühstück — gut geschmälzte Mehlsuppe —, Mittagbrot aus der städtischen Kriegsküche und zum Vesper Kaffee gewährt wurde. Brot mußte aus dem elterlichen Hause mitgebracht werden. Für die Einnahme des Mittagessens hatte jedes Kind wöchentlich zwei Fleischmarken und für 4 Wochen eine Kartoffelmarke abzugeben. Ein sonstiges Entgelt für den Besuch der Ferienhorte wurde nicht erhoben. In jeder Anstalt waren zwei Lehrer oder zwei Lehrerinnen abwechselnd tätig, die für ihre Mühewaltung als Entschädigung 1,50 Mark für die Stunde erhielten. Die Gesamtkosten stellten sich nach Angabe des Vereins auf insgesamt 6492,56 Mk. Diesen stehen an Einnahmen nur die eingegangenen Spenden in Höhe von 1654,30 Mark gegenüber, so daß der Verein zur Deckung der Kosten noch 4838,26 Mark aufzubringen hat. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden dem Verein zur Abbürdung dieser Schuld 3000 Mark bewilligt. —

* **Der nächste Kram- und Viehmarkt** wird am 25. und 26. Oktober auf dem Roßplatz abgehalten. Geräuschvolle Volksbelustigungen müssen unterbleiben; die offenen Verkaufsstellen müssen um 7 Uhr, diejenigen für Lebensmittel um 8 Uhr, und die Lustbarkeiten um 10½ Uhr geschlossen sein. Der Viehmarkt, zu dem nur Schweine aufgetrieben werden dürfen, findet am 25. Oktober auf dem obern Teile des Roßplatzes, hinter dem Wasserturm, statt, und dauert von vormittags 7 bis nachmittags 1 Uhr. Der Antrieb des Viehes darf vor 7 Uhr vormittags nicht erfolgen und muß um 8 Uhr beendet sein. —

* **Veränderungen in Ehrenämtern.** In der geschlossenen Stadtverordneten-Sitzung am Montag wurde an Stelle des Herrn Lehrers Lentzsch, der sein Amt niedergelegt hat, Herr Fabrikdirektor Buchmann, Beyschlagstraße 27, zum Schiedsmann des 13. Bezirks gewählt; für den 21. Bezirk als Schiedsmannstellvertreter für Herrn Ackermann, der verzogen ist, Herr Lehrer Eichner, Dzondistraße 1; für den 28. Bezirk als Schiedsmannstellvertreter für Herrn Andres, der krankheitshalber niedergelegt hat, Herr Mittelschullehrer Herrmann, Viktor-Scheffel-Straße 1; für den 31. Bezirk als Schiedsmannstellvertreter, da Herr Dönau abgelehnt hat, Herr Gartendirektor E. Berkling, Galgenberg 2; für den 33. Bezirk als Schiedsmannstellvertreter, da Herr Haase abgelehnt hat, Herr Konditor Dietze, Burgstraße 38. Als Armenpfleger für den 8. Bezirk wurde an Stelle des Herrn Taubstummenlehrers Lincke Herr Fleischermeister Gustav Schütze, Steinweg 25, und für den 10. Bezirk an Stelle des Herrn Fabrikbesitzers Haase, Lange Straße 12, dessen Ehefrau gewählt. —

— **Bezugsscheine, aber keine Kohlen.** Die Städte haben vom Reichskohlenkommissar auf Grund einer äußerst genau aufgestellten Berechnung Kohlen zugewiesen bekommen. Das heißt, keine Kohlen, sondern nur Kohlenbezugsscheine. Nun ist man allmählich auch in behördlichen Kreisen dahinter gekommen, daß man mit den Kohlen auf dem Papier nicht heizen kann, man braucht auch Kohlen. Hier wußte der Reichskommissar aber auch keinen Rat, er verwies die Gemeinden an den Handel. Also war glücklicherweise von der ganzen papiernen Organisation nichts übriggeblieben, als eben etwas Papier. Der Handel erklärte sich in den meisten Fällen außerstande zu liefern, denn bekanntlich hat man nicht daran gedacht, zur rechten Zeit Kohlen fördern zu lassen. Der Reichsverband deutscher Städte ist nun bei dem Reichskommissar dahin vorstellig geworden, den Kommunalverbänden, die keine Kohle im Handel haben erhalten können, solche zu überweisen, also eine Zwangslieferung vorzunehmen. „Es ist zu erhoffen," so steht es in Berichten der bürgerlichen Presse, „daß der Reichskommissar auf diese Anregung eingeht, da den Kommunalverbänden mit papiernen Kohlen nicht gedient ist." — Hoffen wir also damit uns in der Winterskälte wenigstens die Hoffnung erwärmt. Denn irgendwann wird schon mal eine Kohlenversorgung zustande kommen. Wir sind zwar schon in den kalten Tagen und es wäre höchste Zeit, aber in den Bureaus, wo Berechnungen und Erwägungen angestellt werden, fühlt man vielleicht noch nichts von Kälte. Hoffen wir darum auch, daß man dort vom Winter recht bald Kenntnis nimmt. —

* **Die Preise für Briefumschläge abermals erhöht.** Infolge der weiteren sehr beträchtlichen Preissteigerungen aller Papiere und sonstigen Roh- und Hilfsmaterialien sehen sich die Mitglieder des Vereins deutscher Briefumschlag-Fabrikanten und der Vereinigung deutscher Papier-Ausstattungs-Fabriken veranlaßt, mit sofortiger Wirkung einen Aufschlag von durchschnittlich 25 Prozent auf die bestehenden Preise in Anrechnung zu bringen. Der schon früher gemachte Vorbehalt in bezug auf Verminderung der verkauften Mengen sowie auf Abweichungen der Papiere hinsichtlich Güte, Leimung, Färbung, Stärke, Glätte und dergleichen von den Mustern wird ausdrücklich von neuem gemacht, da sich die Schwierigkeiten bei der Papierherstellung und Papierbeschaffung vermehrt haben. —

* **Auf die 7. Kriegsanleihe** sind bei der städtischen Sparkasse bis 16. Oktober in 2472 Posten 9 248 100 Mark gezeichnet worden. —

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Es ist dringend notwendig, daß die Aecker noch in diesem Herbste gründlich umgegraben werden, damit im kommenden Jahre die Ernte eine möglichst gute wird. Es genügt nicht, daß erst im Frühjahr das Land umgearbeitet wird. Die Witterung hat sich zur Bearbeitung des Landes ganz außerordentlich günstig gestaltet. Am vergangenen Sonntag konnte man auch bereits auf mehreren Aeckern Kleinpächter beobachten, die ihr Land mit größter Leichtigkeit in kurzer Zeit umgegraben haben. Leider haben bis jetzt nur wenige sich dieser unumgänglichen Arbeit unterzogen. —

— **„Sie hat nichts anzuziehen."** Als Warnung für jene Damen, die trotz zahlreichen Kleidervorrats „nichts anzuziehen" haben, kann ein Fall dienen, mit dem sich die Strafkammer in Braunschweig zu beschäftigen hatte. Die Tochter eines Rentiers hatte, trotzdem sie schon reichlich mit Bezugsscheinen bedacht worden war, auf ihr Ansuchen hin auch noch einen Bezugsschein für ein Kleid und für einen Mantel erhalten, und zwar auf Grund ihrer Angabe, daß sie derartige Kleidungsstücke nicht besitze. Eine in der Behausung vorgenommene Kleiderrevision förderte indessen eine große Menge von Mänteln und Kleidern zutage. Das daraufhin gegen die Haustochter eingeleitete Verfahren versuchte die Angeklagte mit der Einrede zu entkräften, sie habe geglaubt, unmoderne Kleider brauche sie nicht mitzurechnen. Das Schöffengericht hielt ihr auch den guten Glauben zugute und sprach sie frei. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein, und in der erneuten Verhandlung wurde die angebliche Gutgläubigkeit der Kleiderhamsterin widerlegt. Die Beamtin von der Bezugsscheinkommission bekundete, daß sie der Angeklagten ausdrücklich nahegelegt habe, etwaige unmoderne Garderobenstücke abzuliefern, dann könne sie auch einen Bezugsschein auf neue Sachen bekommen. Die Dame habe aber kategorisch erklärt, sie habe keine alten Kleider. Die Angeklagte wurde auf Grund dieser Aussage zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. —

* **Unfälle.** Infolge eines Schwindelanfalls stürzte in der Beyschlagstraße ein Dienstmädchen beim Fensterputzen aus dem ersten Stockwerk auf die Straße. Es wurde mit dem städtischen Krankenwagen der königlichen Klinik zugeführt. — Vier jugendliche Arbeiter, die sich verbotswidrig in einem am Lettiner Weg befindlichen Fabrikgrundstück am Ofen im Heizraum zu schaffen machten, wurden durch die heranschlagende Flamme so erheblich im Gesicht verletzt, daß sie mit dem Krankenwagen dem Diakonissenhaus zugeführt werden mußten. —

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober sind nachstehende Gegenstände als gefunden bei der Polizeiverwaltung abgegeben oder angemeldet worden: Sechs Geldtäschchen mit Inhalt, zwei Geldscheine, drei goldene Ringe, ein goldenes Gliederarmband, zwei silberne Herrenuhren, eine Handtasche mit Inhalt, zwei Nickelbrillen, ein Damengürtel, ein weißseidener Schal, eine schwarzseidene Bluse, ein Bettvorleger, Legitimationspapiere auf den Namen Hilma Klösser lautend, ein kleiner Sack mit etwa 20 Pfund Zinn, eine Messingwagenkapsel, ein vierrädriger mit Eisen beschlagener Handwagen, ein kleiner Hund (Rehpinscher). Die Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau (Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100) geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Heringe. Freitag vormittag von 8 bis 12 Uhr Nr. 1 bis 4000, nachmittag von 2 bis 6 Uhr 4001 bis 8000 des Lebensmittelscheins. Jede Person 110 Gramm. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Uraufführung: Die drei Ruhelosen. Ein phantastisches Spiel von Anton Ohorn. Das Stadttheater hat wieder einmal eine Uraufführung gehabt, aber es war — um das gleich vorwegzunehmen — kein Erfolg. Daran trug freilich das Theater selbst am allerwenigsten Schuld, die Hauptbelastung kommt vielmehr auf das Konto des zum Leben verholfenen Stückes. Eine nähere Betrachtung wird das sofort lehren.

Die Fabel des Stückes, die vom Verfasser nicht aus eignem erfunden, sondern einer Erzählung von Levin Schücking nachgebildet worden ist, besteht kurz gesagt aus folgendem: Die drei Ruhelosen, nämlich der ewige Jude, der wilde Jäger und der fliegende Holländer, kommen zur Jahrhundertwende auf 1701 nach Augsburg, um dort ihr eines Ruhejahr zu verleben, das ihnen der Teufel nach jeden 100 Jahren der ruhelosesten Hetze gewährt hat. Hier lernen sie unter andern auch das stolze, hochmütige Weib des vornehmen Patriziers Friedrich von Haßbeck kennen, das alle Männer ob ihrer menschlichen Schwächen verachtet und gerade dadurch sich alle zu Füßen zwingt. Das gelingt ihr denn auch mit den drei Ruhelosen, die sich darum sogar einmal raufen wollen, nur daß sie zugleich deren übermenschliche Kraft bewundert. Schließlich kommt sie mit jenen dreien dahin überein, daß sie denjenigen von ihnen bedingungslos als bar jeder Schwäche, auch der Liebe und Eifersucht, anerkennen will, der sich ihr überlegen im Willen zeigt, also ihren Hochmut bändigt. Punkt 12 Uhr auf 1702 beginnt das Spiel, doch als Ulrike von Haßbeck die Spukgestalten des Juden und des Jägers in ihrem wirklichen Aussehen vor sich sieht und nun mit ihnen ziehen soll, wie sie versprochen hat, da windet sie sich vor Entsetzen, und verschreibt sogar dem herbeigeeilten Teufel ihre Seele, um sich von ihm vor jenen retten zu lassen. Als aber der Teufel als Entgelt für das Loslösen auch vom Holländer die Seele ihres Kindes verlangt, da will sie lieber mit dem Holländer gehen als das tun, und wirft dem Teufel seinen angebotenen Pakt zerrissen vor die Füße. Und nun verzichtet der Holländer auf sie, hingerissen von so viel Größe, bezeichnet den Satan als besiegt, — und am Ende findet sich Ulrike von Haßbeck in ihrem Hause wieder, froh darüber, nun liebeglühend, bekehrt und geläutert dem Gatten und ihrem Kinde wieder in die Arme eilen zu können, demselben Kinde, dessen Krankenlager sie vordem nicht im mindesten gerührt hat.

Man sieht, das Stück ist wirklich reichlich phantastisch. Aber das möchte immer noch angehen, wenn nur wenigstens eine Dichtung daraus geworden wäre. Jedoch dazu langt es erstens nicht, weil gar nicht klar zu ersehen ist, welchem Grundgedanken eigentlich das Stück dienen soll. Ist es die Tragödie der drei Ruhelosen, von denen die Sache ihren Namen hat, oder ist es die Tragikomödie — und mehr kann das nicht sein — der Ulrike von Haßbeck, als einem mißleiteten Weibe, oder ist es alles beides? Jedenfalls steht fest, daß beide Themen nebeneinander herlaufen, völlig gleichberechtigt und sich nur mittelbar dienen. Dann aber die Ausführung! Darin zeigt sich die alte, schon so oftmals festgestellte Schwäche Ohorns, nicht gestalten zu können. Die Personen, die er agieren läßt, sind für ihn bloße Träger von Gedanken und Ideen. Und da seine Gedanken und Ideen nicht gerade tief oder gar originell sind, so wirkt noch nicht einmal das auf die Zuhörer. Dazu kommt aber das viel Schlimmere, daß diese Personen geradezu mit einem Etikett auf Brust und Rücken umherlaufen, auf denen geschrieben steht: Seht, der und der bin ich, und dies und jenes will ich! — wobei zu allem Ueberfluß auch noch der Verfasser hervorlugt und, mit erhobenem Finger auf die einzelnen Vorgänge weisend, schulmeisterlich lehrend sagt: Seht, das ist die Moral von der Geschicht'! Die Handlung schon wächst nicht aus sich heraus, noch viel weniger aber tun es die Personen, denen man weder ansieht, was sie sind, noch glauben kann, was ihnen als Erzählung über sich vom Verfasser in den Mund gelegt wird. Die drei Ruhelosen beispielsweise reden ganze Geschichtstabellen herunter von dem, was sie gesehen haben. Aber Erlebnis, aus dem Innersten hervorquellendes und sich dem Zuhörer unwiderstehlich bemächtigendes Erlebnis? Keine Spur! Die Ulrike von Haßbeck rühmt sich fortgesetzt ihrer Kälte, ihres Hochmuts und ihres Hasses. Dabei wird sie bald von jedem einzelnen ihrer Worte und von vielen ihrer Handlungen widerlegt, die jede andre Gefühlsgrundlage haben mögen, nur nicht die der Kälte, des Hochmuts und des Hasses. Von einer Bekräftigung ihrer Worte gar durch eine entsprechende Charaktergestaltung kann schon ganz und gar keine Rede sein. Alle übrigen Personen sind überhaupt nur Schemen, blutleere Gedankenabstraktionen, die lediglich zur Fortentwicklung der Handlung gebraucht werden, manchmal freilich überhaupt unnötig sind.

So war denn auch diese Uraufführung eine einzige große Enttäuschung. Die Zuhörerschaft wurde an manchen Stellen außerordentlich unruhig, lachte sogar wiederholt laut auf, und nur der stark erregte vierte Akt mit dem Zusammenbruch der Ulrike von Haßbeck zwang sie wieder ein wenig in Bann, doch kam es zu keinem Hervorruf des im Hause anwesenden Verfassers. Die Aufführung bedeutete keine Unterstützung des Grundcharakters dieses Stückes, da ihr alles Phantastisch-Dämonische abging. Aber wer wollte ihr daraus wohl einen Vorwurf machen? Wir verzichten deshalb auch darauf, die einzelnen Leistungen noch besonders zu besprechen. Nur das sei gesagt, daß die Herren Zistig (Jäger) und Teuscher (Holländer), zumeist auch Herr Friedrich (Teufel) noch die charakteristischsten Figuren herausstellten, Fräulein Seeden (Ulrike) aber an einen ganz verkehrten Platz gestellt war, da ihr das Harte und Schroffe absolut nicht liegt. cw.

*

Stadttheater. Heute Donnerstag kommt „Es lebe das Leben" von Sudermann zur Aufführung, Freitag wird Richard Wagners „Tannhäuser", Sonnabend Lortzings „Zar und Zimmermann" wiederholt. Der Sonntags-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Neßlers „Trompeter von Säckingen", abends 7½ Uhr die komische Oper „Giroflé-Girofla" von Lecocq. Am Montag wird Kleists „Prinz Friedrich von Homburg" gegeben. —

Thalia-Theater. Am Sonntag wird im Thalia-Theater das Lustspiel „Doktor Klaus" von L'Arronge durch das Schauspielpersonal des Stadttheaters zur Aufführung gebracht. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hartmann, Grawi, von Durand, Troeger, die Herren Teuscher, Kriwat, Masson, Eckhardt, Förster, Pahl und Monato. Die Spielleitung führt Herr Oberspielleiter Ludwig Masson. —

Erstes Gesellschaftskonzert im Zoologischen Garten. Heute Donnerstag abend 8 Uhr findet das erste Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung des Kapellmeister Karl Röhren statt. Die Vortragsfolge enthält Ouvertüre zur Oper „Oberon" von Weber, Andante con moto aus der Sinfonie in C-Dur von Schubert, Polonäse in A-Dur von Chopin, „Die Moldau", sinfonische Dichtung von Smetana, Romanze in F-Dur für Violine (Solist Konzertmeister Ewald Ohl) und Ouvertüre „Leonore" Nr. 3 von Beethoven, Ungarische Rhapsodie Nr. 1 in F-Dur von Liszt, Wotans Abschied und Feuerzauber aus der Oper „Die Walküre" von Wagner. Der Besuch dieses Konzerts wird allen Musikfreunden wärmstens empfohlen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg. Dauerkarten für den Zoologischen Garten und für Bad Wittekind sind gültig. —

Aus der Provinz.

Der Arbeitsmarkt im September.

Nach Mitteilung des Arbeitsnachweisverbandes Sachsen-Anhalt hielt die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften auch im September, besonders für die Rüstungsindustrie, in unverminderter Stärke an. Vereinzelt wurden Bäcker infolge der Zusammenlegung der Bäckereibetriebe frei. Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren sind meist ihrer hohen Lohnforderungen wegen nicht unterzubringen. Für die Zuckerfabriken sind Hilfsdienstpflichtige in großer Zahl aufgeboten worden, von denen aber ein großer Teil sich für die zu leistende Arbeit nicht eignet.

Der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften konnte in verschiedenen Bezirken vorübergehend gedeckt werden, in manchen Betrieben wurden sogar Arbeiterinnen entlassen. Dauernd stark gesucht bleiben dagegen Arbeiterinnen in Wittenberg, Torgau, Bitterfeld und teilweise für den Braunkohlen- und Salzbergbau. Hinzugekommen ist eine starke Nachfrage der Konserven- und Marmeladenfabriken, die an verschiedenen Orten (Köthen, Halberstadt) nicht voll befriedigt werden konnte. Bisher noch nicht berufstätig gewesene Frauen sind in Torgau mit gutem Erfolg für Munitionsarbeit gewonnen worden. Anderwärts werden die Bemühungen fortgesetzt.

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, besonders Arbeiterinnen zum Kartoffel- und Rübenroden und eingearbeitete Stallmägde, wurden in verschiedenen ländlichen Kreisen stärker gefragt und waren nur teilweise zu stellen. Der Dienstbotenmangel nimmt ständig weiter zu. —

Eisleben. Feuer brach an einem der letzten Abende gegen 11 Uhr in der Werkstelle des Tischlermeisters L. Wagner, Lutherstraße, auf noch nicht geklärte Weise aus. Die Werkstelle und das angrenzende Niederlagsgebäude sind niedergebrannt. Der Schaden ist erheblich. Auch das angrenzende Hintergebäude des Klempnermeisters G. Rost wurde durch Feuer erheblich beschädigt. Die Feuerwehr wurde durch Militär, das abkommandiert war, unterstützt. —

Merseburg. Lebensmittelverteilungen. Am Sonnabend wird gegen Abgabe der für die laufende Woche gültigen Kreisfettmarken in den bekannten Verkaufsstellen Molkerei- und Landbutter ausgegeben, und zwar auf jede Kreisfettmarke 40 Gramm Butter zum Preise von 25 Pfennig, auf jede Zusatzmarke für Schwerstarbeiter und Kranke mit dem roten Aufdruck „Z" 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pfennig. Daneben erhalten die Kunden der Butterstellen 1—4 (Albert, Schmale Straße, Vogel, Roßmarkt, Fischer, Weißenfelser Straße, Kötteritzsch, Gotthardtstraße) bei Abholung der Butter am Sonnabend auf jede Kreisfettmarke 30 Gramm Landkäse zum Preise von 7 Pfennig auf Abschnitt Nr. 29 des Lebensmittelhefts. Am Sonnabend den 20. Oktober 1917 werden in allen Lebensmittelgeschäften auf den Kopf der Bevölkerung 2 Pfund Kohlrüben zum Preise von zusammen 10 Pfg. verabfolgt. —

— Die Milchausgabe in der städtischen Milchverkaufsstelle (Burgstraße 16) findet täglich von 12 bis 1 Uhr mittags statt. —

— Ein kleiner Vorrat Reisstärke steht der Stadt zur Verfügung, der an gewerbliche Plättereien ausgegeben werden soll. Schriftliche Meldungen sind bis zum Sonnabend an den Magistrat (Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 18) zu richten. —

Wittenberg. Dreiste Schwindeleien. Ein Schwindler, der sich Gerhard Höppner nannte und angab, für eine Berliner Firma zu reisen, bot mehreren Inhaberinnen von Zigarrengeschäften, deren Ehemänner zum Heeresdienst eingezogen sind, zu annehmbaren Preisen Rauch- und Schnupftabak an. Wenige Tage danach überbrachte auch ein junger Mensch in der Uniform eines Eisenbahnbeamten ein kleines Paket und legte einen Frachtbrief vor, wobei er angab, daß noch ein größeres auf dem Bahnhof lagere und er beauftragt sei, die Beträge, die zum Teil 200 Mark übersteigen, einzuziehen, während das Frachtgut von einem hiesigen Spediteur angefahren werden würde. In den ausgehändigten Paketen befand sich aber zum Teil nur wohlriechender Schnupftabak, zum Teil ganz wertloser Schmutz. Dem namhaft gemachten Spediteur war auch nichts davon bekannt, daß auf dem Bahnhofe für die Besteller Frachtgut lagere. Dafür erhielten jedoch alle Besteller Briefe etwa folgenden Inhalts: „Daß mit dem Frachtbrief ist Schwindel, in nächster Woche aber erhalten Sie den bestellten Tabak. Mit bestem Gruß." Da die Briefe in Berlin aufgegeben sind und keine Unterschrift tragen, ist es vorläufig unmöglich, nach einer bestimmten Richtung Nachforschungen nach dem Schwindler zu halten. —

— Aufgedeckte Geheimschlächterei. Der vor Jahresfrist zur besseren Beaufsichtigung seiner Fleischerei aus dem Felde zurückgekehrte Fleischermeister H. in Gräfenhainichen hatte eine Geheimschlächterei in großem Umfange errichtet. Es wurde bei ihm das Fleisch von zwei Rindern und ein lebendes Schwein beschlagnahmt. In der Scheune wurden größere Fleischmengen und unter den Betten versteckt Speck, Schinken und Würste aufgefunden. Das Geschäft wurde polizeilich geschlossen. —

Zeitz. Die zukünftige Zuckerversorgung. Neben der jedermann zustehenden Zuckerkarte über 750 Gramm monatlich erhalten in Zeitz folgende Personen Zuckerzusatzkarten: Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahrs monatlich 4 Stück über je 125 Gramm, zusammen 500 Gramm; stillende Mütter auf Bescheinigung der Säuglingsschwester monatlich 4 Stück über je 125 Gramm, zusammen 500 Gramm; Schwangere in den letzten 4 Monaten vor der Entbindung auf Bescheinigung einer Hebamme oder eines Arztes monatlich 4 Stück über je 125 Gramm, zusammen 500 Gramm; Kranke nach Ermessen des bestellten Aerzteausschusses. Die Ausgabe der Zuckerkarten erfolgt durch die Brotpfleger gleichzeitig mit den Brotkarten. Die Zuckerzusatzkarten für Kinder werden gleichzeitig mit der Milchkarte ebenda abgegeben, die übrigen Zusatzkarten sind unter Vorlage der erforderlichen Bescheinigungen (Geburtsurkunde oder Zeugnis der Schwester, Hebamme oder des Arztes) monatlich im Rathauszimmer 44 abzuholen. Die Zuckerhändler haben am 31. Oktober genau ihren Zuckervorrat, soweit er nicht auf die neuen Provinzialzuckermarken bezogen ist, zu ermitteln und im Rathauszimmer 44 zu melden. Vom 1. November 1917 an ist eine Abgabe von Zucker nur noch gegen Einreichung der Provinzialzuckermarken zuläsig. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171018-18/fragment/page=0006